

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seifenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpaltige Beilage oder deren Raum 30 H.

Inhalt: Lernet gerecht sein! — Zur Lage in Berlin. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurer-Bewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Generalversammlungen hantwärtlicher Arbeiterorganisationen. — Generalversammlung des Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. — Bauarbeiterkongress in Frankreich. — Zentraltrafikenliste. — Vom Bau: Aufsätze, Arbeiterleben, Submissioen usw. — Aus anderen Berufen. — Generalberaumlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilagen: Einiges über Portland-Zement. Wie Leuchtthürme gebaut werden.

Lernet gerecht sein!

Schon oft haben wir im Laufe vieler Jahre in diesem Blatte dem demokratischen Charakter der Arbeiterorganisationen Betrachtungen gewidmet, seine Notwendigkeit betont und uns um seine Klärung und Ausgestaltung bemüht. Die Arbeiterorganisation — die gewerkschaftliche wie die politische — kann ihrem ganzen Wesen, ihrer Bedeutung und ihrem Zwecke nach nur demokratisch sein. Vor allem gilt in ihr das freie Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in allen Angelegenheiten und Fragen, die ihre Existenz, ihre Leitung und Verwaltung, ihre Entwicklung und ihre Wirken betreffen. Die Gesamtheit der Mitglieder, resp. ihre Mehrheit, ist im rechten und vollen Sinne des Wortes souverän; den Beschlüssen und Entscheidungen der Mehrheit hat sich die Minderheit zu fügen. Das ist eine der wesentlichsten Seiten der demokratischen Disziplin, die auf Wahrung und Förderung einer Interessensolidarität abzielt. Die souveräne Körperschaft wählt ihre Beamten, ihre Leiter, die Vorkämpfer der einzelnen Ressorts, die Redakteure ihres Organs, ihre Delegierten zc. Und sie ist dabei geleitet von dem Vertrauen, das sie diesen Leuten entgegenbringt; sie hält sie für würdig und fähig und ehrlieh gewillt, das Beste der Organisation wahrzunehmen, in jeder Hinsicht für deren Interessen tätig zu sein, gewissenhaft darüber zu wachen, daß die gemeinsame gute Sache nicht Schaden nimmt, vielmehr vor Schaden behütet und gefördert wird.

Die Aufgaben im ganzen wie im einzelnen, die die Organisation den Personen ihres Vertrauens überträgt, sind wahrlich nicht leicht. Ihre Verantwortlichkeit erstreckt sich nicht nur auf die eigene Organisation, sondern auf die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Und diese Verantwortlichkeit ist um so größer und bedeutender, je stärker die Organisation ist, für die sie zu wirken haben, je kritischer und ernster die Verhältnisse sind, mit denen sie zu rechnen haben, je wichtiger die Aufgaben sind, die, sei es nun im ganzen oder im Einzelfalle, an die Organisation herantraten. Für jeden Fehlgriff oder Mißgriff, der infolge irigen Urteils der beschließenden und bestimmenden Körperschaft geschieht, für jedes verfehlte taktische Unternehmen, so besonders auf dem Gebiete der Lohnkämpfe, wenn es sich um Streiks oder drohende Ausperrungen handelt, macht in der Regel nicht nur die öffentliche Meinung, sondern nicht selten auch ein Teil der Organisationsmitglieder die „Führer“ verantwortlich. Es ist das gute Recht der Organisation, von ihren frei erwählten Leitern und sonstigen Vertrauenspersonen nicht nur die gewissenhafte Erfüllung der ihnen statutarisch oder beschlußmäßig obliegenden Aufgaben zu verlangen, sondern auch, daß sie mit derselben Gewissenhaftigkeit alle Verhältnisse erforschen, prüfen und erwägen, deren objektive Beurteilung und Verantwortlichmachung für gewisse Unternehmungen oder Unterlassungen der Organisation von Wichtigkeit ja, oft von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das gilt hauptsächlich auch für die jeweilige wirtschaftliche Situation, die jeweilige Lage, in der sich das Gewerbe oder ein Industriezweig befindet, für die Verhältnisse des

Arbeitsmarktes zc. Sie sollen prüfen und möglichst einwandfrei feststellen, ob diese Situation so geartet ist, daß sie entweder die Annahme, es sei ein Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu unternehmen, oder den Rat, davon zur Zeit abzusehen, rechtfertigt. Davon, daß diese Entscheidung objektiv richtig getroffen wird, hängt für die Organisation viel, unter Umständen außerordentlich viel ab, sowohl in Ansehung eines gewünschten Vorteils, wie in Ansehung eines sicher nicht gemollten Nachteils. Wollig guttessend dürfen die Mitglieder der Organisation geltend machen, daß die Leiter durch ihre unausgesetzte Beschäftigung mit diesen Fragen und Angelegenheiten, indem sie ihr ganzes Denken und praktisches Können darauf konzentrieren, befähigt sein müssen, vorurteilsfrei und streng sachlich die einschlägigen Verhältnisse zu beurteilen, guten Rat zu erteilen und, wenn nötig, eine Direktive zu geben. Und die Leiter haben die Pflicht, diesen Ansprüchen gewissenhaft nach Kräften zu genügen.

Soweit wäre das Verhältnis zwischen Organisation und Organisationsleitung klar und selbstverständlich. Aber darin allein findet der demokratische Geist, das demokratische Wesen der Arbeiterorganisation noch nicht die volle Erfüllung und praktische Bewährung. Nicht einseitig kann man moralische Pflichten, die sich aus diesem Geist, diesem Wesen ergeben, nur der Leitung betrauen, auch die Organisation hat solche Pflichten gegenüber der Leitung.

Damit kommen wir auf Tatsachen zu sprechen, die der Arbeiterbewegung nicht gerade zur Ehre gereichen, die beweisen, daß der demokratische Geist, der in seiner innersten Wesenheit der Geist der Gerechtigkeit ist, in der Arbeiterorganisation noch nicht zur vollen Entfaltung gelangt ist, oder richtiger gesagt, daß ein Teil der organisierten Arbeiter ihm nicht in allen Fällen Rechnung trägt, sich vielmehr gelegentlich schwer wider ihn versündigt. Wir wollen darüber ganz offen sprechen, und wir sind dazu um so mehr berechtigt, ja, geradezu moralisch gezwungen, als es sich um Tatsachen handelt, die offen vor aller Welt daliegen. Aus langer, schmerzlicher Erfahrung heraus sprechen wir über ein Unwesen, das sich bis jetzt wie eine Art Erbünde in der Arbeiterbewegung, in der Gewerkschaft und in der Partei erhalten hat: das Unwesen, führende und sonstige ehrenhafte Leute, die sich mit ihren Urteilen und Ratschlägen in prinzipiellen und taktischen Fragen in Widerspruch setzen mit Ansichten und Absichten, die jeweilig Oberwasser haben oder zu gewinnen suchen, dahin zu verächtigen oder gar zu beschimpfen, daß sie sich von verwerflichen Ansichten, von schlechten Motiven und Absichten leiten lassen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung weist leider gar so viele Fälle dieser Art auf, darunter wahrhaft tragische. Es sei erinnert an die ungedachten, gebissenen Angriffe, schlimmen Verdächtigungen und Beschimpfungen, denen vor kaum zwei Jahren in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Genossen ausgesetzt gewesen sind, die gewichtige Bedenken trugen, sich zu der von gewisser Seite mit einem wahren Fanatismus propagierten Idee des politischen Massenstreiks zu betennen. Sie haben ja allerdings ihre Rechtfertigung erfahren, aber trotzdem bleibt solche Art und Weise, den Meinungsstreit zu führen, tief bedauerlich.

Auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat man es bei allen Meinungsdivergenzen mit zunächst liegenden, gewöhnlich unmittelbar bevorstehenden oder bereits begonnenen taktischen und praktischen Unternehmungen zu tun. Greift hier die in

Nebst stehende Ungerechtigkeit ein, macht sich hier blinder Eifer oder Vorurteil und Fanatismus gegenüber der ruhigen, nüchternen und sachlichen Erwägung geltend, so ist das, eben in Ansehung der Taktik und der Praxis, von besonders siber Bedeutung.

In der letzten Zeit haben sich einige hervorragende Fälle dieser Art ereignet. Als die Leitung des Buchdruckerverbandes im vorigen Jahre das neue Tarifabkommen mit der Unternehmerorganisation schuf, wurde sie dieserhalb von vielen ihrer Mitglieder mit höchst beleidigender Kritik bedacht. Das war keine sachliche und sachlichen Erwägung, sondern die Verdächtigung, auf das Herunterreißen der Verbandsleitung gerichtet.

Ähnlich ist es jetzt in Berlin leitenden Personen des Centralverbandes der Maurer ergangen, die, um eine Massenausperrung der Berufsgenossen, einen nach ihrer ehrliehen Ueberzeugung unter ungünstigen Aussichten zu führenden Kampf mit dem Untertun zum verhüten, gegen die Ansichten der großen Mehrheit der Mitglieder Stellung nahmen. Es ist begreiflich, daß sich in solchen ernsten und kritischen Situationen der Masse der zur Entscheidung berufenen Kollegen einige Erregung bemächtigt. Aber auch solch eine erklärliche und entschuldige Erregung muß, wenigstens in ihren Äußerungen, ihre Grenze an vernunftgemäßer Erwägung und in Gerechtigkeitsempfinden. Diese Grenze hat sie leider nicht gefunden bei den Kollegen, die sich nicht enthalten konnten, den Opponenten ihrer Ansichten und Absichten geradezu ehrenrührige Vorwürfe und Zureufe zu machen. Die bösen Worte, die da fielen, „Flaumacher“, „Verräter“, „blaue Lappen“ (worunter Sündenmarktscheine, Beschäftigungsgelder zu verstehen sind) zc. — wir haben sie ja so oft im Laufe der Jahre bei ähnlichen Anlässen aus dem Munde solcher gehört, die eine ihrer momentanen Stimmung widerstrebende Ansicht nicht ertragen können.

Ist solch ein Verhalten der großen Sache der Arbeiterorganisation würdig und förderlich? Wahrlich nicht! Es ist eine höchst bedauerliche Abirrung von dem Verhalten, das der demokratische Geist, das demokratische Prinzip vorschreibt, wonach im Meinungsstreit, und möge es sachlich noch so heftig entbrennen, die persönliche Ehre unangetastet bleiben muß. Ist blinder Eifer bei der Erörterung und Entscheidung in Angelegenheiten gewerkschaftlicher Taktik — wie in jedem anderen ernsten und wichtigen Falle, wo große Interessen auf dem Spiele stehen — schon an sich ein mißlicher Faktor, so ist er in seiner Ausartung gegen Andersdenkende eine der denkbar schlimmsten und verwerflichsten Erscheinungen.

Man ziehe die Beamten, die Leiter, die Vertrauenspersonen der Organisation unmaßstäblich zur Rechenschaft, wenn sie erwieslich Fehler begangen, sich irgendwelcher Begehungs- oder Unterlassungssünden wider das Interesse der Organisation schuldig gemacht haben. Aber sie beschimpfen, sie schlechten Charakters und schlechter Absichten zu verdächtigen, deshalb, weil sie ihre Aufgabe nach bestem Ermessen zu erfüllen, die ihnen übertragene Verantwortlichkeit gewissenhaft zu erfüllen bestrebt sind — das ist empörend. Man bedenke wohl, daß es sich in dem hier in Rede stehenden Falle um die Abwägung einer Taktik handelt, bei der nicht nur die Interessen der Berliner Kollegen, sondern in höchsten Maße die der ganzen deutschen Maurerorganisation in Frage kommen. Die notwendige Rücksichtnahme auf diese allgemeinen Interessen ist in den Ausführungen der Verbandsleiter in den Berliner Versammlungen so scharf hervorgetreten, daß schon unter diesem Gesichtspunkt die Unbill, die sie erfahren haben, wahrhaft monströs erscheint. Billigerweise verdienen sie die turg geschuldete Behandlung nicht. Oder glaubt man, rechter und rechter Demokratismus lasse es zu,

daß an die Stelle sachlicher Gründe im Meinungsstreit die persönliche Invektive tritt, daß man ein moralisches Recht hat, Männer, die ihre ehrliebe übergeordnete Ueberzeugung kund tun, an ihrer Ehre anzugreifen mit der Wirkung, daß das Ansehen der Sache Schaden nimmt? Wer das glaubt, und wer das tut, der befundet bemitleidenswerte geistige und moralische Schwäche.

Das alles muß einmal öffentlich gesagt werden; denn mit dem Vertuschen und Ignorieren des Unwesens wird nichts verbessert. Mögen diese Ausführungen dazu beitragen, daß in unserer Organisation, in der ganzen Arbeiterbewegung solche Ausartungen der Kritik nicht mehr vorkommen!

Zur Lage in Berlin.

Ausperrung oder weitere Verhandlungen? das dürfte in Berlin, und nicht nur in baugewerblichen Kreisen, zur Zeit die brennendste Frage sein, deren Entscheidung weit über Berlin hinaus mit Spannung erwartet wird. Möglicherweise ist sie schon beim Erscheinen dieser Nummer unseres Blattes beantwortet.

Zu dem Stand der Bewegung konnten wir in der vorigen Nummer nur den Schiedspruch des Einigungsamtes mitteilen, da Rundgebungen über die Stellungnahme der Parteien noch nicht vorlagen. Wir reproduzieren zunächst am 17. April gefällten Schiedspruch:

„Mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage im Baugewerbe empfiehlt das Einigungsamt den Parteien, einen Tarif auf die Dauer von drei Jahren abzuschließen, den gegenwärtigen Stundenlohn im ersten Jahre der Tarifdauer um 3/4, im zweiten Jahre wieder um 2/4, und im dritten Jahre nochmals um 2/4 zu erhöhen, die gegenwärtig bestehende neunstündige Arbeitszeit aber für die Dauer des Vertrages beizubehalten. Den Parteien wird eine Frist bis zum 24. April gesetzt, innerhalb deren sie sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu erklären haben. Erfolgt bis zum 24. April keine Erklärung, so gilt der Schiedspruch als abgelehnt.“

Dieser Schiedspruch läßt die Forderungen der Arbeiterschaft fast völlig unberücksichtigt und er will auch die Vertragsdauer — ganz unmotiviert und gegen alles Herkommen — von zwei Jahren auf drei Jahre verlängern. Es war daher vorauszu sehen, daß in den Kreisen der baugewerblichen Arbeiterschaft zunächst so gut wie gar keine Neigung bestand, den Schiedspruch anzunehmen. Immerhin erlebte der Ernst der Lage eine sehr eingehende Prüfung der Verhältnisse. Diese Erwägungen haben bei den in erster Linie berufenen Führern der Arbeiterbewegung — sowohl bei den in Frage kommenden Verbands- und Zweigvereinsvorständen als auch bei einigen hervorragend bekannten Parteigenossen — zu der Ueberzeugung geführt, daß der in Aussicht stehende Kampf — sei es Streik oder Aussperrung — nach Möglichkeit verhindert werden müsse. Eine andere Stellung nahmen nur die Vorstände der sozialorganisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter ein, während sich der Vertrauensmann der Zimmerer dieser Richtung auf denselben Standpunkt, wie die Vertrauensmänner der Zentralverbände stellte.

Einiges über Portland-Zement.

(Wachdruck verboten.)

Man weiß nicht genau, wann gebrannter Kalk zuerst zu Mauerarbeiten gebraucht wurde; bekannt ist aber, daß er von alterseher bei den Chaldäern, Ägyptern, Griechen und Römern benutzt wurde. Die älteste Art von Zement war mehr oder weniger reiner, einfach gebrannter Kalkstein, der meistens ebenso angewandt wurde wie heutzutage. Die Römer waren die ersten, die den Kalk veränderten, indem sie gewisse Knochen und Schiefer beifügten, um eine Art Wassermörtel daraus zu machen, d. h. einen Kalk, der sich mit Wasser binden konnte und hart wurde. Plinius, der im ersten Jahrhundert nach Christo lebte, beschreibt die Methode, gewöhnlich gebrannten Kalkstein zu verändern und ihn in eine Art Wassermörtel zu verwandeln.

Man glaubte früher, daß der beste Zement aus dem härtesten Gestein gemacht würde, und diese Meinung erhielt sich von der Römerzeit bis zum 18. Jahrhundert. Dann erst machte John Smeaton, der Erbauer des zweiten Leuchtturmes von Eddystone, bei Prüfung der verschiedenen Wassermörtel für das Fundament und das Mauerwerk seines Turmes die wichtige Entdeckung, daß die Güte des Wassermörtels von der richtigen Vermischung des Tohns zum Kalkstein abhänge. Es ist dies eine der wichtigsten Entdeckungen der Baukunst in beinahe zwanzig Jahrhunderten.

Auf der Insel Portland im Süden Englands gibt es mehrere Kalksteinbrüche; die seit langer Zeit ausgebeutet werden, früher aber nur Bausteine produzierten. Erst im Jahre 1824 ließ sich ein Engländer, Josef Aspin aus Leeds, ein Verfahren, Kalk und Tohm zu mischen und zu brennen, patentieren. Das Produkt sah dem Portland-Kalkstein sehr ähnlich, weshalb er es „Portland-Zement“ nannte; diese Bezeichnung blieb für fast alle Sorten Wassermörtel erhalten. Von Aspins Zeit bis 1880 wurden in England und auf dem Kontinent viele Werke errichtet, um Portland-Zement zu fabrizieren, meist geringwertiges Material von begrenztem Nutzen. Der erste in den Vereinigten Staaten gemachte Portland-Zement wurde durch die Copley Cement Company, Copley, hergestellt im Jahre 1875; sie produzierte jährlich 2000 t

Eine erweiterte Vertrauensmänner-Sigung unserer Kollegen glaubte aber, dieser Ansicht nicht zustimmen zu können. Trotzdem auch der Genosse Nebel der Arbeiterschaft geraten, unter den gegebenen Verhältnissen dem Schiedspruch zuzustimmen, wurde der dahin gehende Antrag unseres Zweigvereinsvorstandes mit 77 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Diese Vorentscheidung der Vertrauensmänner ist dann von der Kollegenschaft bestätigt worden. Dabei ist aber zu betonen, daß von den in Betracht kommenden Mitgliedern unseres Verbandes nicht viel mehr als die Hälfte abgestimmt haben, und auch in den anderen Berufen scheint die Beteiligung an dem Beschluß für oder gegen den Schiedspruch nicht gerade imponant gewesen zu sein. Auch die Versammlungen, die zwecks Kenntnisnahme und Diskussion des Schiedspruchs der später bezügliche vorgewonnenen Abstimmung vorausgingen, waren alles andere als Massenfundgebungen und der Ausdruck abgeklärter Erfahrungen und siegesreicher Zuversicht. In der Mitgliederversammlung unseres Verbandes, die von nur 3000 Personen besucht gewesen sein soll, hat sich nach einem Bericht im „Vorwärts“ eine Anzahl Kollegen geradezu pöbelhaft aufgeführt. Zunächst fand eine von den vereinigten Vorständen veröffentliche Erklärung, daß die derzeitigen Versammlungen nicht entscheiden sollten und daß die Ablehnung des Schiedspruchs nicht gleichbedeutend sei mit der Erklärung des Streiks, hürtschlichen Widerspruch. Als dann der Zweigvereinsvorsitzende Kollege Thöns berichtete, die Vorstände aller für die Bewegung in Frage kommenden Organisationen hätten sich in einer gemeinsamen Sitzung dahin geeinigt, den Mitgliedern die Annahme des Schiedspruchs zu empfehlen, erhob sich lebhafter, lang anhaltender Unruhe. „Grunter von der Bühne!“ rief man dem Redner zu. Thöns entgegnete, er stehe hier als Vertreter der Berliner Maurer und erwarte, daß die Kollegen die Gründe anhören, die für die Haltung der Vorstände maßgebend waren. Als Thöns nun dazu überging, die Gründe des Vorstandes darzulegen, wurde er fortgesetzt durch heftige Unruhe unterbrochen, so daß er seine Ausführungen abbrach.

In der Diskussion sprachen mehrere Redner hintereinander unter lebhaftem Beifall für Ablehnung des Schiedspruchs. Sie stimmten alle darin überein, daß an der Forderung des Achtstundentages festgehalten werden müsse. Einzelne Redner rieten zum Streik. Dem Vorstände wurde eine äußerst lebliche Opposition gemacht. Die Redner und auch ein großer Teil der Versammlung, der seine Meinung durch Beifall und Beifallskurve kundgab, machten dem Vorstand Vorwürfe, wegen seiner Haltung, die sie für unerschützt hielten. Der Kern aller dieser Ausführungen war der, wenn eine Forderung einmal aufgestellt ist, müsse sie auch durchgeführt werden. Die Zurückziehung würde eine Blamage für die Maurer sein. Die Konjunktur sei gar nicht ungünstig, aber wenn die Bewegung noch länger hingezogen werde, dann würden die meisten Vauter fertig sein. Jetzt sei der geeignete Zeitpunkt zum Streik.

Nachdem mehrere Redner in diesem Sinne unter lebhaftem Beifall gesprochen hatten, erhielt Silberstein das Wort. Lauts, unwilliges Murren erhob sich, als er das Podium bestieg. Er sagte u. a.: Die Stimmung der Siebziger, die hier herrsche, dürfe die Maurer nicht in ihrem Urteil beein-

flussen. Lustig und besonnen hätten sie sich zu fragen, ob es gegenwärtig möglich sei, einen Kampf mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Das gute Herz und die ehrliebe Meinung der Kollegen in allen Ehren, aber keiner der Redner, die gegen den Schiedspruch sprachen, habe erwogen, ob der Kampf mehr bringen könne, als der Schiedspruch biete. Als im Sommer und Herbst des vorigen Jahres die Forderung des Achtstundentages aufgestellt wurde, habe noch niemand voraussehen können, daß wir uns in diesem Frühjahr am Anfang einer Krise befinden würden. Damals habe man geglaubt, im Frühjahr werde eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt werden können. Uebrigens — das könne ja jetzt gesagt werden — hätten die Vertrauensmänner die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit aufgestellt und erst die Bezirkversammlungen hätten sich für die Forderung des Achtstundentages entschieden, weil sie sich sagten, wenn wir den Achtstundentag fordern, werden wir den achtstündigen um so leichter bekommen, denn gehandelt wird ja doch. — Um die Weisheitsfrage habe sich gezeigt, daß die Auffassung von der Konjunktur, welche für die Aufstellung der Forderung maßgebend war, eine irrige gewesen sei, und jetzt herrsche bei allen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die Meinung, daß wir uns am Anfang einer Krise befinden. Der Redner erinnerte daran, daß die Berliner Maurer im Jahre 1889 sieben Wochen lang um den Neunhunderttag kämpften, sie hätten ihn damals nicht durchsetzen können, weil die Krise zu jener Zeit begann. 1885 und 1896 begann wieder eine gute Konjunktur, und es gelang, den Neunhunderttag durchzusetzen. Wenn heute der Kampf um den Achtstundentag geführt würde, so werde es den Maurern ebenso gehen wie 1889. Sie würden nichts erreichen. Wieder fanden wir vor einer Krise, es sei deshalb keine Aussicht, einen Kampf zu gewinnen. Dieser Meinung seien auch alle für die Arbeiterbewegung maßgebenden Körperschaften. Es würde ein schweres Vergehen sein, jetzt 40—50 000 Familien in den Kampf zu ziehen. Es würde dem Vorstand lieber sein, wenn er zum Kampf raten könnte; aber er könne es nicht, denn es sei mehr als zweifelhaft, ob ein monatelanger Kampf mehr bringen würde als der Schiedspruch. Die Kollegen möchten deshalb ernstlich mit sich zu Räte gehen und bei der Abstimmung am Dienstag den Schiedspruch annehmen. (Große Unruhe.)

Hierauf sprachen wieder einige Redner gegen den Schiedspruch, ohne jedoch die von der Zeitung vorgebrachten Gründe zu würdigen. Es waren lediglich Gefühlsmomente, die für das Festhalten an der Forderung des Achtstundentages zum Ausdruck gebracht wurden. Ein Redner meinte, wenn unsere Forderung den Mut zum Kampfe habe, dann ist es ihre Pflicht, ihr Mut in die Hände der Mitglieder zurückzugeben. Ein anderer sagte, der Vorstand habe im Herbst die Forderung empfohlen, um wiedergewählt zu werden.

Zu vorgerückter Stunde erhielt der Verbandsvorsitzende Bömelburg das Wort. Mehrere Minuten vergingen, ehe sich die allgemeine Unruhe, die bei seinem Erscheinen einsetzte, legte. Redner ermahnte die Versammelten, dem Räte des Vorstandes zu folgen, der nach reiflicher Prüfung zu seinem Standpunkte gekommen sei. Er wünschte, daß die Kollegen, die sie ihren Entschluß fassen, ebenso reiflich mit sich zu Räte gehen

zu einem Bunde bereinigen; für die gewaltigen Mächte herbe, die oft in Höhe von 70—80 Metern herabstrahlen, ist eine feste, widerstandsfähige Basis nötig. Nichts leichter als das, wenn diese Aufgabe auf seinem Lande zu lösen ist. Aber eine andere Sache ist es, an sie heranzugehen, auf offenem Meere, auf Klippen von einigen Quadrarfuß, im Sturmgebraus und Wellengang. Die absolute Festigkeit im flüssigen Element, in der fortwährenden Bewegung und Erschütterung herzutreten, ist eine schwierige Aufgabe, die auch die Hilfsmittel moderner Bauweise nur unter gewaltigen Kraftaufwand und unter großen Opfern zu lösen vermögen. Kostet doch oft der Transport und die Montage der Materialien mehr als der ganze Leuchtturm! Nehmen wir nur als Beispiel den Bau des Leuchtturmes Armen an, bei dem Geduld, Energie und Wissen der Ingenieure und todesmutige Aufopferung des Personals in Ueberwindung aller Schwierigkeiten auf ungeahnte Proben gestellt wurden. Armen, Madiou und Schomeur sind die drei äußersten Felsen des Dammees von Sein. Die Brandung an ihnen ist eine gewaltige, Madiou und Schomeur liegen kaum bei niedrigem Wasser bloß; von Armen steigt man unbedenklich eine Art abgeplattetes und weigischichtiges Mäul und die Spitze, die niedersticht und wieder aufwacht aus den Wogen. Was an Schiffen an Schomeur, Madiou und Armen verloren gegangen ist, entzieht sich jeder Schätzung. Diese drei Banditen des Meeres an dem vorgerückten Punkte des alten Kontinents verbunden sich zu unheilvoller Gemeinschaft, die grausigsten Vorboten zu verüben. Jahrhundertliche hindurch haben sie die schrecklichsten Taten verübt, die ein Felsen begehen kann. Das Welt des Meeres um sie herum ist ein gewaltiger, weicher Archhof, und deshalb wurde der Gedanke, auf diesem Trio von Wüdnern ein Feuer anzugünden, oft in Erwägung gezogen. Man schreckte aber vor der Schwierigkeit, um nicht zu sagen Unmöglichkeit, zurück. Indessen begann man die Bohrdien, und 1867 ward die Ausführung beschlossen, ohne daß man an einen Erfolg glaubte. Sobald eine Möglichkeit vorlag, zu landen, schreibt einer der Ingenieure, die die Arbeiten leiteten, sah man Fischerboote herbeiziehen, zwei Mann aus jedem von ihnen liegen auf dem Felsen, mit ihrem Rettungsgürtel angetan, duckten sich auf ihn nieder, indem sie sich mit einer Hand anklammerten, mit der anderen einen Bohrer oder einen Hammer hervorholten

Wie Leuchttürme gebaut werden.

In den Berichten über das Schiffswendel von Hoel wurde sehr häufig der Leuchtturm erwähnt, der nur etwa 10 Meter vom Brud entfernt steht. Unter welchen Schwierigkeiten solche Leuchttürme gebaut werden, ersehen wir aus den nachfolgenden Ausführungen, die wir einem Abdruck des oben erwähnten Werkes „Das Meer“ von Dr. F. Wiele entnehmen. Der Verfasser führt aus, die Befestigungsfrage bildet nur einen Teil der Wissenschaft der Leuchttürme. Die Physik muß sich mit der Mechanik

müßten, daß sie sich der Verantwortung, die sie mit ihrem Entschluß auf sich nehmen, bewußt seien, und daß sie dabei auch an die Familien denken, die mit in den Kampf hineingezogen werden. — Die Ausführungen Böhmers wurden bei einem Teil der Versammlung schwachen Beifall.

Löhns erhielt das Schlusswort. Er ging auf einige Ausführungen der Diskussionsredner ein und erklärte dann, weil gesagt worden ist, der Vorstand habe die Forderung nur deshalb vertreten, um wiedergewählt zu werden, so lege er hiermit sein Amt nieder. Eine solche Kränkung, wie sie ihm in dem angeführten Vorwurf zugefügt werde, lasse er sich nicht bieten. — Von mehreren Seiten wurde Löhns ersucht, seinen Entschluß zurückzunehmen; er erklärte aber, er bleibe dabei. Dann wurde beantragt, ein Vertrauensvotum für Löhns zu beschließen, dem die Versammlung dann einstimmig zustimmte.

Am 23. April hat dann die Abstimmung über den Schiedsgerichtsstand stattgefunden. Wie schon gesagt, war die Beteiligung recht flau. Von unseren Verbandeskollegen — etwa 10% Teilnehmern — kamen für die Bewegung in Betracht — haben nur 6007 ihr Stimmrecht ausgeübt. Gegen die Annahme des Schiedsgerichts stimmten 4743, dafür 1195 und 69 Stimmen waren ungenügend. In den anderen Verufen war das Stimmverhältnis ähnlich so. Damit ist zwar von den Abstimmenden der Schiedsgerichtsstand mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden, im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten und organisierten Arbeiter fällt diese Mehrheit aber nicht schwer ins Gewicht. Da muß man unwillkürlich die ganze Frage aufwerfen: kann man mit solchen Menschen, die den berichteten Vorgängen völlig gleichgültig gegenüberstehen, überhaupt Kämpfe führen? Wir wagen diese Frage nicht zu bejahen. Bedenkt man noch die prinzipiellen Madaunmacher, die im Ernstfalle nie zuverlässig sind, dann verdammt sich die Mehrheit der Kampfkräftigen wahrscheinlich in eine Minderheit.

Nun ist freilich durch die Abstimmung der Arbeiter der Krieg noch nicht erklärt. Das die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, oder eine dieser Gruppen, von heute auf morgen oder in absehbarer Zeit die Arbeit einstellen, erscheint uns völlig ausgeschlossen. Was werden aber die Unternehmer beginnen? Vorläufig haben sie dem Schiedsgerichtsstand zugestimmt, wodurch sie sich mit dem Schein großen Entgegenkommens drapieren; sie haben ferner beschlossen, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich innerlich nach dem Schiedsgerichtsstand von der einen Seite anerkannt worden ist, nochmals mit der Sache zu befassen und die erste Abstimmung rückgängig zu machen. Wenn diese „Gnadenfrist“ verstrichen ist — über den Zeitpunkt ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen — ohne daß die Arbeiter den Schiedsgerichtsstand anerkannt haben, dann werden die Unternehmer aller Wahrscheinlichkeit nach auf Sperren.

Die Ausferrerungen dürfen uns zwar im allgemeinen nicht mehr schrecken. Wir haben sie schon in so vielen Fällen, großen und kleinen Umfangs, erlebt, daß wir uns Wohnbewegungen bald gar nicht mehr anders denken können. Aber eine Ausferrerung im Berliner Baugewerbe ist doch etwas anders zu bewerten als Dagenware. Wenn das orga-

nisierte Berliner Baunternehmen, dem sich die Geld- und Materiallieferanten mäßig anschließen, alles in die Ausferrerung einzubeziehen vermag, was damit nur in Verbindung gebracht werden kann, dann dürften wohl an 50000 Arbeiter auf Straßenspäter geworfen werden. Es würde somit ein Kampf entbrennen, wie wir ihn in Deutschland noch nicht gesehen haben. Da muß die Frage, ist die Arbeiterkraft willens und stark genug, einen solchen Kampf aufzunehmen, doch noch anderen Erwägungen unterzogen werden, als sie unteres Erachtens bisher in Berlin angestellt worden sind. Auch darf man die Entschaltung zu solchen Kämpfen nicht einer so geringen Majorität, wie sie tatsächlich in die Erscheinung getreten ist, in die Hand geben. Der Achtstundentag ist gewiss ein hohes Ideal und seine Durchföhrung wird in dem Bereich der Großstädte eine immer dringendere Notwendigkeit. Aber Kämpfe bis zum Weisbluten brauchen und dürfen wir heute noch nicht bewegen führen. Es ist aller Ehren wert; wenn die Forderung auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mit allem Nachdruck erhoben und mit guten Gründen und „allen Mitteln“ verfochten wird, aber man muß auch den Zeitwink erkennen, wo die sonst besten Mittel versagen und demgemäß die Taktik ändern. Wenn unter solchen Umständen die Arbeiterkraft eine Forderung vorläufig zurückzieht, so ist ihr das keineswegs als Blamage anzuzählen. Sie tut nur das, was im einzelnen jeder kluge Mann tut, der nicht mit dem Kopfe gegen die Wand rennt. Die Arbeiterkraft wird und muß sich den Achtstundentag erobern. Davon sind wir festest überzeugt. Aber vorläufig kann sie den Kampf noch nicht mit dem nötigen Nachdruck führen.

Wie die Situation nun einmal ist, müssen wir unseren Berliner Kollegen und allen in Frage kommenden baugewerblichen Arbeitern dringend raten, ihren Vorständen zu folgen und den Schiedsgerichtsstand anzunehmen. Die Schornader auf beiden Seiten werden ja versucht, aus der Mäßeier und der sich daran anschließenden Straf-Ausferrerung Kapital zu schlagen und den Zustand zu verschärfen. Möge ihnen das nicht gelingen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kein Anzeichen einer bereits begonnenen Produktionssteigerung; Amerika, England, Deutschland. — Erleichterung des Geldmarktes. — Die finanziellen Verengheiten des Reiches und Preussens.

Am dem Wirtschaftsbild hat sich in letzter Zeit wenig geändert. Die Börse wird von keiner Panik mehr geschüttelt, verhält aber doch, nach der ersten teilweisen Erholung, in ihrer Geschäftsbewegung, da das belobende Vertrauen in die eigene Kraft nicht zurückzuführen will. Die Produktion bietet kaum irgendwelche Anzeichen des Niederganges, jedoch zeigt sie das sprunghafte Fortschreiten gleichfalls nicht mehr, das eben so oft die Vörben zu neuen Vorstößen verleitet.

Da man vor allem von Amerika die ausföhragenden Entscheidungen erwartet, so mag den Vertrieben vom dortigen Eisenmarkt größere symptomatische Bedeutung als jemals zukommen. Man sah dort schon eine rasche und umfassende Stilllegung von Hütten und Hochofen nahegerückt, und von jeder galt das dröben in der neuen Welt als Grabmesser des allgemeinen Geschäftsrückganges. Zu dem erwähnten Bestimmung lag jedoch bisher noch kein Grund vor. Aber wenn jetzt die Fachblätter, mit dem „Ironmonger“ an der Spitze, weiter gute Hoffnungen für das zweite und dritte Quartal melden, so fügen sie charakteristischerweise hinzu, daß auf gleich große fortlaufende Verringerungen für das Jahres-schluß kaum zu rechnen ist; dies macht die Aussichten für den letzten Teil des Jahres zweifelhaft.

Dem stehen indes andere, durchaus zuverlässige und günstige Berichte gegenüber. Die eben eingetroffene englische „Labour Gazette“ nennt den März für viele Gewerbe besser als den Februar, ganz abgesehen von derjenigen Erwerbszweigen, die jedesmal im Frühjahr sich heben; auch gegen den März des Vorjahres mußte für die meisten der Hauptindustrien eine Besserung konstatiert werden. Bei 273 berichtenden Erden-Lions mit zusammen 618 230 Mittarbeitern ergaben sich Ende März 22 058 oder 3,6 pSt. Arbeitslosen, gegen 3,9 pSt. Ende Februar 1907, und ebenfalls 3,9 pSt. Ende März 1906. Das läßt von einer Parallelbewegung in der Produktion zu der Mitte März einsetzenden Vorkriegszeit nichts verspüren. 461 000 Kohlenbergleute in England-Wales und Schottland, 20 000 Eisenhütten- und Hüttenarbeiter ergiebt im März noch Lohnfortschritte, im ganzen nach dem Londoner Arbeitsamt 501 300 Arbeiter (gegenüber etwa 5500 Arbeitern mit Lohnverlusten).

In Deutschland finden wir bei den Eisenbahnen, nach den ununterbrochenen Einmahnerhöfungen der Vorjahre und Vormonate eine abnormale Steigerung im Monat März; der Januar brachte, was den Güterverkehr anbelangt, 7 200 000, der Februar den Güterverkehr anbelangt, 7 200 000, mehr als der gleiche Monat 1906. Aus der Textilindustrie lauten die Berichte fast ausnahmslos günstig. Die Baumstoff-Industrie, Spinnereien wie Webereien, haben ihre Maschinen und Werkzeuge in vollem Umfang beschäftigt; von solchen und Werkzeuge war keine Rede. Die Wirtschaftlichen des Reiches war keine Rede. Im besonderen warenindustrie war reichlich zufrieden. Im besonderen sind die Fabrikannten von getriebenen bezw. gewirkten Hand-schuh mit Aufträgen des In- wie des Auslandes über-reichlich versehen; die neuen Aufträge sind bisher, genügen und Zeitlagen sind weniger zahlreich als bisher, genügen aber vollkommen, um alle Betriebe beschäftigten zu können. Die Fabrikannten von wollenen Phantasiearbeiten haben in diesem Monat ihre Preise ausnahmslos erhöht. Auf-träge bedeutenden Umfangs gehen auch bei diesen Fabrikannten sehr zahlreich ein. Preisverhöhungen ergielten ferner die Baustoffe, die Seidengewerbe — allerdings

nach vorangegangener Rohseidenverwertung — die Leinwand, die Kunstvollgarne, viele Erzeugnisse der Tuch- und Wollstoffindustrie. Als geradezu glänzend wird die Lage des Leinwandmarktes und des Seidengewerbes bezeichnet, ebenso der Seidenbandbranche, die von der Mode sehr begünstigt wird.

Verühlgend hat ferner das rasche Wiedererstarren der großen Notenbanken, nach der außerordentlichen, ja geradezu erschöpfungsvollen Anspannung beim Quartalswechsel, gewirkt. Die Bank von Frankreich brauchte nicht über ihren dreieinhalbprozentigen Diskontsatz, wie vielfach befürchtet wurde, hinauszugehen. Die Bank von England konnte am 11. April schon wieder ½ pSt. nachlassen (4½ statt 5 pSt.). Die Niederländische Bank folgt am 15. April mit einer Diskontsenkung von 6 auf 5½ pSt. Die Deutsche Reichsbank steht, wie bereits angekündigt, vor einem ähnlichen Schritte, den sie jedoch gleichfalls vorläufig auf ½ pSt. (6½ statt 6 pSt. Diskont) zu begrenzen gedenkt.

Eine echt deutsche Eigentümlichkeit ist es, daß das Reich und Preußen sofort mit ihrem Anleihebedarf wieder hervorzu treten, sowie das Publikum den Geschmack an den ungewöhnlichen Dividendenpapieren verloren hat und sowie der Geldmarkt etwas Luft zu bekommen scheint. Fiskalisch und finanztechnisch ist der Zeitpunkt natürlich ganz rühlig gewählt, während man bisher unter der überlegenen Konkurrenz rentablerer und besserer Kapitalanlagen notgedrungen warten mußte. Aber in welche geradezu klägliche Lage sind wir mit unserem entlosten Schuldenmassen hineingeraten! Preußen und das Reich haben von 1890 bis 1906 ihren Schuldenbestand um nicht weniger als 4186 000 000 erhöht; das Reich um 2 500 000 000, Preußen um 1 600 000 000. Zweifelslos brüht und beunruhigt dieses rühliche Ueberangebot den Kurs im allgemeinen, nicht nur der Anleihen von Reich und Staat, sondern weiterwirkend auch von Kommune und Kommunalverbänden. England und Frankreich dagegen haben seit langem Konjunktulasten möglichst vermeiden: England seit 1856 bis zum Burenkrieg, Frankreich trotz enormer Aufwendungen für Meer und Marine, von 1891 bis 1901. Das einmal Untergraben beständig sich hier vorwiegend in festen Säulen, so daß nicht, wie bei uns, fortwährend große Wertmassen vom Umsatz und zur Vergrößerung drängen und den Markt drücken. In den letzten Jahren hatte der Wirtschaftsaufschwung bei uns hollends die niedrig verzinslichen Rentenwerte unbeliebt gemacht. Die vorjährige dreieinhalbprozentige Anleihe (im Betrage von 500 000 000, davon das Reich 200 000 000, Preußen 300 000 000) wurden schon zu einem niedrigen Kurse ausgegeben (zu 100,10 bezw. 100), sie konnten von dem Uebernahmekonjunktum nur sehr langsam und mühsam untergebracht werden und stehen heute weit tiefer im Kurse als damals (am 20. April 95,75). Man wagte deshalb im Augenblicke gar nicht, abermals eine dreieinhalbprozentige unfindbare Anleihe anzubieten. Desiriert wieder zu vierprozentigen Titres überzugehen, wagte man gleichfalls nicht. Man läßt deshalb die Frage in der Schwebe, die neuen 400 000 000 kommen als Ergänzung ausweilen heraus, zwar verzinsbar mit 4 pSt., aber rückzahlbar am 1. Juli 1912. Man behält sich also die letzten Entscheidungen für die Zukunft vor und hofft, dann eine geringere Anspannung des Kapitalmarktes und günstigere Voraussetzungen wie heute vorzuliegen. Unerquidlich bleibt jedoch auch dieser Hoffschiff, so sehr er für den Augenblick das Nötigste treffen mag.

Berlin, 21. April 1907.

Mag Schippel.

Politische Umschau.

Am dem Reichstage. In der abgelaufenen Woche wurde zunächst die zweite Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung fortgesetzt und beendet. Das Justizwesen und die Rechtsprechung erfuhr weitere starke Kritik, besonders von Seiten sozialdemokratischer Redner. Gegenüber einer Behauptung des freimännlichen Abgeordneten Dr. Müller-Meinings, beim A. R. Bergerer A. R. Müller, der bekanntlich die Begleiterscheinung eines Streiks war, habe man die „Mädel-Führer“ festgehalten, wies der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank auf die Tatsache hin, daß in diesem Prozeß kein einziger der beteiligten Arbeiter als Mädel-Führer verurteilt worden ist, daß vielmehr den schlimmen Vorfall der Fabrikant verurteilt hat, der seine Streikbrecher mit Verhaftungen bewaffnete und ihnen sagte: „Haut die Streikbrecher zusammen; es kann Euch nichts geschehen.“ Das ist durch Zeugenaussagen erwiesen. Aber gegen den Fabrikanten ist die Justiz nicht vorgegangen.

Frank führte dann aus, daß seit Jahren auf dem Gebiete der Rechtspflege für die breiten Massen des Volkes so gut wie nichts geschehen ist. Der einzige Fortschritt von Bedeutung sei durch die Arbeiter aus eigener Kraft geschaffen worden. Das sind die Arbeitersekretariate. Es bestehen jetzt etwa 180 solcher Institute in Deutschland, die jährlich etwa einer Million Arbeiter unentgeltlich Rechtsauskunft geben. Die meisten Sekretäre sind selbst aus der Arbeiterkraft hervorgegangen und ein großer Teil von ihnen hat sich mit sehr großem Geschick in die schwierige Materie des Rechts eingearbeitet. „Hier haben Sie“ — bemerkte der Redner — die besten Beweise dafür, welche reichen Schätze an Weisung in den Tiefen unseres Volkslebens noch ungenutzt ruhen. Wenn die moderne Arbeiterbewegung gar nicht weiter greifen hätte, als die Schaffung der Arbeitersekretariate, so hätte sie noch tausendmal mehr geleistet als was mancher Minister, der uns Mangel an positiver Arbeit vorwirft. Dabei sind die Arbeiter keineswegs von der Regierung gefördert worden. Es gibt im Gegenteil noch immer bedrückte Richter, welche die Arbeitersekretariate von den Schranken des Gerichts zurückweisen, obwohl Graf Paladowitz vor einigen Jahren den Wunsch ausgesprochen hat, daß derartige Einrichtungen unterbleiben. Wir wissen ja, daß die bürgerliche Rechtspflege nicht aus ihrer kapitalistischen Haut fahren kann.“

Der Redner brachte eine Reihe schwerer Mißstände im Justizwesen zur Sprache, so die Allmacht des Schupmannes, die sich besonders gegen Arbelende Arbeiter, Streikposten u. dgl. richtet; die oft geradezu unerhörten

ärzte, mit der Arbeiter wegen geringfügiger Delikte bestraft werden; die Behandlung jugendlicher vor Gericht; die Rigorosität, mit der das Gesinderecht gegen Dienstboten gehandhabt wird; die ungerechte Anwendung des Polizeiverfalls überhaupt gegen sogenannte „gewöhnliche“ Menschen; den Zeugniszwang der Redakteure usw.

Der konterreviv-antifemilische Abgeordnete Kretze behauptete mit der ihm eigenen Unverfrorenheit, es sei „nicht wahr“, daß Arbeiter, die sich durch gewerkschaftliche und politische Betätigung bei der Polizei mißliebig gemacht haben, ausgewiesen werden; die Mißhandlungen bürgerlicher Arbeiter hingegen über „brutale Mißhandlung Arbeiterwilliger durch Streikende“ seien wahr!

Mehrere Resolutionen fanden Annahme, u. A. die betr. Sicherung der Bauforderungen und Gewährleistung von Dächern an Schöffen und Geschworene.

Es folgte die zweite Beratung des Etats der Verwaltung des Reichsbezirks. Der sozialdemokratische Abgeordnete Vebel unterzog in anerkennenswerter Rede das militärische System mit seinen mancherlei schlimmen Konsequenzen, insbesondere auch die Soldatenmißhandlungen und die milde Bestrafung militärischer Vorgesetzter wegen solcher Delikte, einer scharfen Kritik. Auch wies er darauf hin, daß die Zahl der Militärtauglichen im Abnehmen begriffen ist. Es sei anzunehmen, daß dazu erheblich beiträgt die zunehmende Industrialisierung Deutschlands, das Zusammenströmen großer Massen in die Städte und Industriebezirke bei ungenügenden Lebens-, Arbeits- und namentlich schlechten Wohnungsverhältnissen. Schon aus diesem Gesichtspunkt wäre es wünschenswert, wenn der Kriegsminister den Städten bei der Auslösung von Frühjahrsurlaub möglichst entgegenkäme, damit es diesen möglich ist, Lust und Licht zu bekommen und die neuen Stadtelnde menschenwürdig zu bebauen. Unzweifelhaft verleiht sich in dem Maße, wie das Land entvölkert und die Städte und Industriebezirke überfüllt werden, der förderliche Zustand der Bevölkerung; damit hermindert sich die Zahl der militärtauglichen Leute. Deshalb müsse Reichstag und Regierung energisch für eine gute, ausgeglichene Arbeiterbeschäftigung eintreten, Verkürzung der Arbeitszeit, für eine strenge Überwachung der Arbeitsräume, für bessere Wohnungsverhältnisse, kurz für alle Einrichtungen, die notwendig sind, um ein förderlich starkes Geschlecht heranzuzüchten. Gerade in Rücksicht auf die Landesverteidigung hat der Kriegsminister in erster Linie ein Interesse daran, daß auf diesem Gebiete andere und bessere Zustände Platz greifen.

Rechner begründete den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf höhere Pöhnung für die Mannschaften und Unteroffiziere, dem vorher schon der Abgeordnete Erberger namens des Zentrums Zustimmung hatte. Die erlösende Bezahlung des Soldaten müßte anheben; das Los dieser Menschen zu verbessern, entspreche ganz dem Standpunkt der Sozialdemokratie. Die ungenügende Mehrheit der Leute, auch der Unteroffiziere, sind Proletarier, die nichts übrig haben, und die mit den knappen Mitteln, die ihnen der Staat jetzt zahlt, unmöglich auskommen können, zumal die Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit bedeutend gestiegen sind. Der gemeine Soldat ist bei seinen 22 1/2 täglichen Sold auf die Unterhaltung seiner Eltern und Verwandten angewiesen. Ein Teil des Widerwillens, der unter den jüngeren Leuten herrscht, wenn sie in die Kaserne müssen, wird durch den Hinblick auf die erlösende Bezahlung verursacht. Eine Erhöhung der Pöhnung würde nicht nur die Soldaten, sondern auch zahlreiche Familien mit lebhaftem Dank begrüßen. Ein bestimmter Satz, um den die Besoldung erhöht werden müßte, sei in dem Antrag nicht genannt, aber um 1 Pfennig dürfte es sich dabei nicht handeln. Das Minimum der Solderböhnung für den gemeinen Mann sollte 10 1/2 täglich betragen, was im ganzen 1 1/2 Millionen Mark kosten würde. Der Sold der Unteroffiziere sollte um 1/8 monatlich, also etwa 100 jährlich erhöht werden. Das würde bei 84000 Unteroffizieren rund 8 Millionen Mark ausmachen. Die Uebernahme der Ausgaben für die notwendigen Anschaffungen beim Eintritt in die Armee auf das Reich — es ist unbegreiflich, wie man das Anschaffen von Putzzeug, das Einnähen der Namen in die Uniform usw. bis jetzt noch von den Soldaten bezahlen läßt —, alles das mag dann noch insgesamt eine Million Mark ausmachen. In Summa gibt das 27 Millionen Mark, ohne Frage eine beträchtliche Mehrausgabe, aber eine absolut notwendige, so notwendig wie die Erhöhung der Zivilgehälter. Die 22 1/2 sind 1897 aus der preussischen Armee herübergenommen. Sie genügen bei den total veränderten Lebensverhältnissen nicht im entferntesten mehr. Vebel fügte hinzu: Wenn die verbündeten Regierungen direkte Reichssteuer zwecks Beschaffung der zur Verbesserung der Soldaten und Unteroffiziere nötigen Mittel in Vorschlag bringen, so seien die Sozialdemokraten gern bereit, zuzustimmen. In anderen Armeen ist die Verpflegung wie die Entlohnung eine bedeutend bessere. In der Schweiz erhält der Mann für die Lebenszeit pro Tag 40 1/2, der ausgebildete Soldat 64 1/2, der Unteroffizier 1.10 bis 1.80 nach unferen Gelde. Für seine Verpflegung hat der Schweizerische Soldat keinen Pfennig auszugeben. Die Verpflegung ist eine vorzügliche: Morgens Milchsuppe oder Schokolade nach Wahl, Mittags Suppe, Gemüse und Fleisch, Abends eine nahrhafte Suppe. Diese Tagesration beträgt 1 1/2 Pfd. Brot und 1/2 Pfd. Fleisch, wozu an Mandelbrot noch eine Zugabe von Käse und 1 Liter Wein tritt. Schließlich brachte Vebel noch das militärische Volkstümchen zur Sprache. Verschiedene Militärverwaltungen boykottieren Eide und sonstige Wirtschaftsverhältnisse, in denen Sozialdemokraten teilnehmen, politische und gewerkschaftliche Veramlungen abgehalten werden. Das sei eine einer hohen Staatsbehörde unwürdige Kleinlichkeit und Schamlosigkeit.

Der konterreviv-antifemilische Abgeordnete v. Döbenburg hingegen erklärte namens seiner Freunde sein Einverständnis mit dem militärischen Votum. Der sozialdemokratische Antrag bewanderte er, weil er „doch nur agitatorischen Zwecken dienend“.

Kriegsminister v. E. nahm Bedacht alle die bekannten unzuverlässigen Behauptungen über die Stellung der Sozialdemokratie zur Armee wieder vor. Nach seinen Ausführungen ist in der Armee alles so gut wie möglich bestellt; der Soldat habe gute Behandlung; die Sorge für das leibliche Wohl der Soldaten stehe nicht außer Acht.

In längerer Rede legte der sozialdemokratische Abgeordnete Koske den Standpunkt seiner Partei zum Militarismus dar; sie wolle das Vaterland nicht wehrlos machen, sondern ein besseres und gerechteres Wehrsystem an die Stelle des bestehenden setzen; im Falle eines Angriffskrieges auf das Reich werde die Sozialdemokratie in der Ausübung der Pflicht der Verteidigung bestehen nicht zurückzutreten — eine Erklärung, die der Kriegsminister ausdrücklich akzeptierte.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beim Kapitel technische Institute führte der sozialdemokratische Abgeordnete Zubeil, wie früher schon öfter, lebhaft und energische Klage über ungerechte und ungesunde Behandlung der Arbeiter in Militärwerkstätten, übermäßig lange Arbeitszeit, unzureichende Löhne und Kürzung derselben durch Abzug von Aufgebern.

Der Antrag, daß dem Hause eine Reihe neuer Gesetzeentwürfe zugegangen, läßt darauf schließen, daß die Regierung mit der Vertagung bis zum Herbst rechnet. Der schon seit langem angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung der Majestätsbeleidigung hat folgenden Wortlaut:

„Für die Verfolgung und Bestrafung der in den §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen gelten nachstehende Vorschriften:

Die Verleumdung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird.

Die Verleumdung tritt, sofern die Verleumdung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein; für den Bereich der Militärstrafgerichtsbarkeit ist nur im Friedenszeiten die Genehmigung erforderlich, und steht deren Erteilung der Militärjustizverwaltung zu.

Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung.

Die anderen Gesetzentwürfe betreffen: die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie, den Vorgesetzter, Veränderung des Gesetzes über die Unterstützungsmöglichkeiten, Versorgung der Militärinterbielenen.

Erfahrung in Glausau-Meerane. An Stelle des verstorbenen Genossen Auer haben sich die Wähler des 17. jährligen Reichstagswahlkreises am Freitag voriger Woche den Genossen Hermann Olsenbuhler erkoren. Olsenbuhler, der als einer der besten Kenner der sozialpolitischen Gegebenheiten bekannt ist, war bei der Hauptwahl leider dem Ansturm des „nationalen Schwerts“ in Elberfeld erlegen. Somit ist nun eine bedauerliche Lücke im Reichstag wieder ausgefüllt. Die Erfahrung in Glausau-Meerane hatte man außerordentlich schnell angefaßt, wohl mit der Möglichkeit rechnend, die sozialdemokratische Partei zu überumpeln. Die alte Sochburg der Sozialdemokratie ist aber — hoffentlich für immer — für den „nationalen Blod“ unheimbar. Die Position vom 25. Januar wurde nicht nur gehalten, sondern darüber hinaus ein unter den obwaltenden Umständen nicht hoch genug zu schätzender Fortschritt erzielt. Mit den 17165 Stimmen, die Olsenbuhler erhielt, überholte er die sozialdemokratische Stimmengabe vom 25. Januar (16675) um 490, während die Zahl der gemäßigten Stimmen um 744, von 13454 auf 12710, zurückging.

Um dieses Resultat in seiner vollen Bedeutung zu schätzen, muß in Betracht gezogen werden, daß der „nationale“ Wahlkreis unter Leitung des Reichstagsverbandes auch im Wahlkreis Glausau-Meerane schon am 25. Januar die Wahlbeteiligung auf eine bisher nicht gekannte Höhe von 93 pSt. steigerte. Nun wurde die Agitation mit noch größerer Intensität und mit noch mehr Unerschämtheit von den Kopfstücken des Reichstagsverbandes betrieben, sie steigerte sich bis zu den niederträchtigsten Provokationen und Gewalttaten, um unsere Genossen zu hindern, frei zu den Wählern zu reden.

Die Situation wurde ja auch noch dadurch ungünstiger gestaltet, daß nach den alten Wählerlisten gewählt wurde. Seit der Wahl sind zwar erst drei Monate verlossen, aber die Zahl der Wahlberechtigten hat sich inzwischen durch Tod, Fortzug usw. selbstverständlich schon nicht unerheblich verringert. Und natürlich sind es die proletarischen Elemente, die unter diesem Wechsel am meisten zu leiden haben, und damit die Sozialdemokratie in ihrer Stimmengabe.

Wenn trotz alledem unsere Stimmengabe um nahezu 500 wuchs, dagegen die der Gegner um über 700 zurückging, so ist das nicht nur ein Beweis dafür, daß unsere Genossen im Kreise ihre volle Schuldigkeit gelohnt haben, sondern auch dafür, daß die Ernüchterung als Rückschlag auf die „nationale“ Ueberhebung schon eingetreten hat. Das konnte ja nicht ausbleiben, sobald nur den Wählern Zeit zur ruhigen Ueberlegung blieb und sie sich in diesem kritischen Stadium die schätzbare Kampferweise der „nationalen“ Namen einmal etwas genauer betrachteten. Dieser geistige Selbsterleuchtungsprozeß nach der „nationalen“ Geistesströmung vom Januar und Februar wird sich fortsetzen, nicht nur in Sachsen, sondern auch im übrigen Deutschland, und es ist zu hoffen, daß er bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen so vollständig sein wird, daß es nicht noch einmal gelangt, mit Hilfe der „Wahlwähler“ den politischen Verstand in Verwirrung zu bringen.

Der „kleine Befähigungsnachweis“ soll nun durch eine dem Reichstag noch vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung eingeführt werden. Der Entwurf gestattet das Halten und die Anleitung von Lehrlingen außer den über 24 Jahre alten Meistern auch denjenigen Gewerbetreibenden, die in ihrem Gewerbe die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Gesellenprüfung bestanden und fünf Jahre hindurch öffentlich das Handwerk selbständig ausüben oder als Werkmeister tätig waren. Die Führung des Titels „Werkmeister“, „Baugewerksmeister“ u. dgl. wird vom Bundesrat geregelt und inzwischen die Führung des betreffenden Titels gestattet, soweit er landesrechtlich erlaubt. Während der Uebergangszeit dürfen auch Personen, die obigen Vorschriften nicht entsprechen, ihre angenommenen Lehrlinge auslernen lassen. Die Befugnis zur

Anleitung kann ihnen gewährt werden, wenn sie bereits fünf Jahre angeleitet. Zur Meisterprüfung soll in der Regel nur zugelassen werden, wer die Gesellenprüfung bestanden und drei Jahre Geselle war, doch darf während der ersten fünf Jahre die Zulassung nicht von dem Bestehen der Gesellenprüfung abhängig gemacht werden.

So soll dem Drängen der Rüstler wenigstens in etwas nachgegeben werden. Die Aufgabe, das Gewerbe vor den Plündern zu bewahren, wird damit natürlich nicht erreicht werden.

Zum Schutz der Seimarbeiter hat die Reichsregierung nun den ersten Schritt getan. Dem Reichstag ist jetzt ein Gesetzentwurf zugegangen, der bezweckt, dem Bundesrat die Möglichkeit zu geben, Schutzvorschriften für die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit zu erlassen. Zur Verhütung von Berufsgefahren, die mit der Herstellung von Zigarren verbunden sind, bestehen für die in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeiter eingehende Schutzbestimmungen. Dagegen hat die Zigarrenhausarbeit bisher noch keine ähnliche Regelung erfahren. Bereits seit Jahren werden über Mißstände bei der Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit heftige Klagen erhoben, die zu einer eingehenden Prüfung der Verhältnisse Veranlassung gegeben haben. Die Herstellung der Zigarren erfolgt in der Hausarbeit häufig in unzureichenden, kleinen und niedrigen, manchmal auch schlecht gelüfteten Räumen, die vielfach auch als Wohn-, Schlaf- und Speiseraum benutzt werden. Insbesondere wird in diesen Räumen auch das Waschen und Trocknen des Tabaks vorgenommen, ohne daß dabei irgend welche Vorkehrungsmaßregeln beobachtet werden. Wiergenß sind sechs- bis achtjährige Personen, manchmal auch Schulkiner, sind bei der Arbeit hier getroffen worden. Da nun aber die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu einer Regelung der Zigarrenhausarbeit eine Handhabe nicht bieten, so bedarf es eines Vorgehens auf dem Wege der Gesetzgebung.

Zur Gewerbe-Hygiene. Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat sich in den letzten Jahren die Förderung der Gewerbehygiene in anerkennenswerter Weise angelegen sein lassen durch Veröffentlichung und Verbreitung von Merkblättern für die Arbeiter solcher gewerblicher Betriebe, die mit Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter verbunden sind. Die Merkblätter machen auf diese Gefahren aufmerksam und enthalten Angaben darüber, wie die Arbeiter ihnen zu begegnen haben. Jetzt ist u. a. ein Merkblatt erschienen, das sich mit der Weibergriftung und ihrer Verhütung beschäftigt. Die Weibergriftung spielt bekanntlich auch im Baugewerbe eine nicht unbedeutende Rolle, da ja auch hier viel bei mancherlei Arbeiten Verwendet findet; so zur Befestigung von Futterwert, bei den Gas- und Wasserleitungsanlagen usw. Sie kommt gewöhnlich dadurch zu stande, daß metallische Blei, wenn auch nur in geringer Menge, durch Vermittlung der beschmutzten Hände beim Essen, Trinken oder beim Niesen, Schnupfen und Rauchen von Tabak in den Mund aufgenommen wird.

Die Folgen dieser Bleiaufnahme machen sich nicht alsbald bemerkbar; sie treten vielmehr erst nach Wochen, Monaten oder selbst Jahren auf, nachdem die in den Körper gelangten Bleimengen sich soweit angesammelt haben, daß sie Vergiftungserscheinungen hervorbringen im stunde sind. Worin äußert sich die Weibergriftung? Das Merkblatt gibt darauf folgende Antwort:

Die ersten Zeichen der Weibergriftung zeigen in einem blaugrauen Saume am Zahnlfleisch, Meisam genannt, und in einer durch Blässe des Gesichts und der Lippen sich kundgebenden Blutmarmut zu bestehen. Die weiteren Krankheitserscheinungen sind sehr mannigfaltig. Am häufigsten tritt die Bleiokolit auf: Der Kranke empfindet heftige krampfartige, von der Nabelgegend ausgehende Leibschmerzen (Stollschmerzen); der Leib ist eingezogen und hart; dabei bestehen häufig Erbrechen und Stuhlverstopfung, selten Durchfall. In anderen Krankheitsfällen zeigen sich Lähmungen; sie betreffen gewöhnlich diejenigen Muskeln, durch welche das Strecken der Finger besorgt wird, und treten meistens an beiden Armen auf; ausnahmsweise werden auch andere Muskeln an den Armen oder Muskeln an den Beinen oder am Kehlkopf befallen. Winterer äußert sich die Weibergriftung in heftigen Gelenkschmerzen; von ihnen werden meist die Kniegelenke, seltener Gelenke an den oberen Gliedmaßen ergriffen. In besonders schweren Fällen treten Erscheinungen einer Erkrankung des Gehirns auf (heftige Kopfschmerzen, allgemeine Krämpfe, tiefe Bewußtlosigkeit oder große Anzue, Erblindung). Endlich steht die Weibergriftung mit dem als Schumpfnierze bezeichneten Nierenleiden und mit der Siedt in einem ursächlichen Zusammenhang. Bei bleitranken Frauen sind Fehl- oder Totgeburten häufig. Lebend zur Welt gebrachte Kinder können infolge von Bleistoffum einer erhöhten Sterblichkeit in den ersten Jahren unterliegen. Von bleitranken Frauen an der Brust genährte Kinder werden mittels der Milch vergiftet.

Abgesehen von den schwereren, mit Gehirnerkrankungen einhergehenden Fällen, welche nicht selten tödlich verlaufen, pflegen die Weibergriftungen meist zu heilen, wenn die Kranken sich der weiteren schädigenden Einwirkung des Bleies entziehen können. Die Heilung tritt nach mehreren Wochen oder in schwereren Fällen auch erst nach Monaten ein.

Dem wirksamsten Schutz vor Blei-erkrankungen beruhen Sauberkeit und Richtigkeit. Personen, die ohne gerade zu den Trinkern zu gehören, geistige Getränke in reichlicher Menge zu sich zu nehmen pflegen, sind der Weibergriftung in höherem Maße ausgesetzt als enthaltensame. Wanntrinken sollte, namentlich während der Arbeitszeit, nicht genossen werden. In Bezug auf die Sauberkeit müssen die mit Blei Arbeitenden peinlich sein und dabei bornehmlich folgendes beobachten:

1. Da Verunreinigungen der Hände mit metallischem Blei nicht gänzlich zu vermeiden sein werden, ist das Niesen, Schnupfen und Rauchen von Tabak während der Arbeit zu unterlassen.

2. Die Arbeiter dürfen erst dann Speisen und Getränke zu sich nehmen oder die Arbeitsstätte verlassen, nachdem sie zuvor die Hände mit Seife, womöglich mit Wun-

stein- oder Marmorseife gründlich gewaschen haben. Läßt sich das Trinken während der Arbeit ausnahmsweise nicht vermeiden, so sollen die Hände der Reinigungseise nicht mit den Händen berührt werden.

Erkrankt ein Arbeiter trotz dieser Vorkehrungsregeln unter Erscheinungen, welche den Verdacht einer Bleibergiftung (siehe oben) erwecken, so soll er in seinem und in seiner Familie Interesse die Hilfe eines Arztes sogleich in Anspruch nehmen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Masurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg: Ochsenwälder, Kirchwälder (Streiks), Cuxhaven (Differenzen);

Schleswig-Holstein:
Reinhold (Sperrn über E. Haeger), Burg b. Wilster, Kellinghusen, Segeberg, Helligenthalen (Streiks);

Mecklenburg:
Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrn über Holdorf), Malchin, Rostock (Differenzen);

Brandenburg:
Lübbau, Eberswalde (Aussperrung), Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Berzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchmühle (Sperrn über Conrad, Schulz und Krause);

Pommern:
Bansin (Sperrn über Berger), Podesuch (Sperrn über die Seifenfabrik in Sidowsau und die Zementfabrik Stern in Finkenwalde), Greifswald, Wolgast (Massregelungen), Stolp (Aussperrung), Belgard, Greifenberg (Streiks), Schwelbitz (Differenzen), Pölitz (Sperrn über Paape);

Ost- und Westpreußen:
Pelplin (Streik), Vandsburg (Sperrn über den Bahnhofsbau);

Posen:
Schwarsenz (Streik);

Königr. Sachsen:
Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal und Seifert in Mückern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschierloy in L.-Göhlich, Parisierstrasse), Röttha (Sperrn über O. Bötcher), Oderwitz (Sperrn über Krising), Wurzen (Sperrn über Lehmann in Püchau), Cunewalde (Sperrn über Jermios und Kutschke);

Thüringen:
Weida-Wisschendorf, Saalfeld (Streiks), Zechau (Sperrn über Müller in Monstab und über die Zuckerraffinerie in Rositz);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Brinkum, Stade, Lauerberg (Streiks), Gräfenthal (Sperrn über Bauersachs), Hameln (Aussperrung);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Naumburg a. d. S. (Sperrn über Emil Müller, Kanonierstrasse), Wettin (Sperrn über Zeche Johanneshall, Unternehmer Röber), Schwanebeck, Bitterfeld, Hornhausen, Sachsa, Aschersleben, Halle a. d. S. (Streiks), Osterwiek, Bernburg, Oschersleben (Aussperrungen), Nebra (Sperrn über Knabe in Rossleben), Zeltz (Differenzen);

Rheinland:
Düsseldorfer (Sperrn über das Röhren- und Blechwalzwerk Lirenfeld), Helligenthal bei Trier (Sperrn über P. Broschört), Aachen (Streik);

Westfalen:
Bünde (Streik);

Hessen:
Oppenheim (Sperrn über A. Gesinn und Florian Krämer), Rinteln, Lorsch (Streiks);

Baden-Pfalz:
Friesenheim b. Lahr, Neustadt a. d. Haardt, St. Ingbert (Streiks), Rheinau (Sperrn über die chemische Fabrik Kunheim & Co.), Frankenthal (Sperrn über Scharf), Roxheim (verschiedene Sperrn);

Bayern:
Bad Tölz, Bamberg, Culmbach (Streiks), Lanten a. d. Salzach (Sperrn über Schönherr), Landshut (Differenzen);

Württemberg:
Stuttgart (Aussperrung, angedroht), Reutlingen (Aussperrung);

Fliesenleger:
Bochum (Streik), München (Differenzen).

Schweiz:
Arbon (Streik).

Oesterreich:
Teplitz, Hallein, Weisswasser, Laa (Streiks).

Ungarn:
Budapest (Aussperrung).

Der Arbeitsmarkt in Hannover ist völlig überfüllt. Zutritte können nicht darauf rechnen, Arbeit zu erhalten.

Gau Glin. In Aachen stehen die Maurer und Hilfsarbeiter seit dem 24. April im Streik. Die Vorgeschichte dieses Kampfes ist sehr interessant. Nachdem es seit Jahrzehnten noch unserer Organisation immer und immer wieder versucht worden war, die Bauarbeiterschaft zu organisieren, was aber mit den schädlichsten Mitteln, Saalabtreibung, Verleumdung ufm. hintertrieben wurde, ist es den „Christlichen“ vor zwei Jahren

unter Mitwirkung der Geisllätel, die besonders in den ungeliebten holländischen Grenzorten eine fast unermessliche Macht besaßen, gelungen, eine nennenswerte Zahl von Berufskollegen zu organisieren. Im vorigen Jahre schloß man ohne Kampf unter Ausnutzung unserer Organisation einen „Tarif“ ab, der Löhne von 40 bis 45 A für Maurer und 25 bis 35 A für Hilfsarbeiter vorsah. Etliche Maurer 45 A erhalten haben, ist uns nicht bekannt, weil es hier noch viele Kollegen gibt, die auf Kosten der eigenen Lohne sitzen. Jedenfalls müssen die Verhältnisse nicht die rosigsten gewesen sein; denn der Lokalbeamte erklärte selbst (wie uns mitgeteilt wurde) den Tarif für einen Wisch. Der Tarif wurde denn auch im letzten Winter gekündigt und ein neuer Entwurf den Unternehmern zugestellt, und nachdem forderie man in diesem Jahre 47 A und im nächsten Jahre 50 A. An eine Verkürzung der Arbeitszeit (sie beträgt jetzt zehn Stunden), die die Kollegen, weil sie zum größten Teile lundenweit von der Stadt entfernt wohnen, auf brauchen könnten, wurde nicht gedacht. Wer nun glaubt, daß im heiligen Namen die Unternehmer anders wären als an einem anderen Orte, der täuscht sich. Die Antwort war, kläglich. Wir lassen den Teil der Antwort der Unternehmer, die auf den Lohn bezug hat, im Wortlaut folgen. Er lautet:

Der Lohn für die durch Unfall und Invaldität sowie für die nicht als voll ausgebildet anzusehenden Gesellen und Arbeiter unterliegt der freien Vereinbarung. Dasselbe gilt auch für die vom Bauhilfsarbeiter zum Maurer übergehenden Gesellen im ersten und zweiten Lehrjahre, sowie für die Bauhilfsarbeiter im 18. Jahre. Der Lohn für Maurer beträgt, der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechend, 37 bis 45 A. Die Feststellung des Individuallohnes unterliegt im einzelnen Falle der Vereinbarung.

Sehr entgegenkommend! Die Christen beschloßen, nun auf Grund dieses Unlufes von individueller Bosheit zu verhandeln. Da aber setzte unsere Agitation ein. Zuerst wurde von unserer Seite ein Zulammengehen mit den Christlichen versucht; es wurde aber abgelehnt. Dann wandten wir uns an die Unternehmer, um an den Beratungen teilnehmen zu können. Von diesen wurde es uns zugestanden. Als wir nun dabei waren, hörte das Mascheln auf, und resultatlos ging man auseinander. Während dieser Zeit wurden die christlichen Kollegen auf den Bauten bearbeitet, und trotz des Bremsens der Leitung wurde in der christlichen Versammlung das „entgeltliche“ (so schrieben die Unternehmer) Angebot, das Löhne von 40 bis 47 A vorsah, abgelehnt. Die Unternehmer führten hierauf sämtlichen Bauarbeitern zum 4. Mai. Das war also die Aussperrung. Als Antwort beschloßen die Christlichen am 23. April. Den Streik. Vier sei nun darauf hingewiesen, daß sie sich gar nicht darum kümmern, ob wir mit der Höhe der Forderung sowie mit dem Zeitpunkt der Niederlegung der Arbeit einverstanden waren. Sie beschloßen eben, und zwar im Vertrauen auf unser Solidariatsgefühl selbst den Schwarzen gegenüber. Das ist zwar ehrend für uns, aber immerhin ist es bemerkenswert in der Hinsicht, als sie schon so oft mit der Mitwirkung Streikbrüder begangen haben, daß wir ihnen keine Mitteilung gemacht hätten. Der Kampf wird nun mit einer gar nicht „christlichen“ Heftigkeit geführt. Die Polizei, sogar ein Kommissar, ist hinter den Streikposten her und weist sie von Wäghöfen usw. weg. Aus der Unternehmerversammlung, die am 26. April stattfand, wurde uns mitgeteilt, daß beschloßen wurde, über die sechs Unternehmer, die bewilligt haben, die Materialsperrn zu verhängen. Weiter sollen die Arbeiter wegen Nichterhaltung der Kündigung verurteilt werden. Außerdem soll der hiesige „Herold“, „Volksfreund“, der einige sich auf den Streik resp. die Aussperrung beziehende sehr schmeichelnde Artikel veröffentlicht werden. So soll denn mit aller Gewalt den Wächern Bauarbeitern die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit beigebracht werden. Die „Baugewerkschaft“ sowie die christlichen Führer werden natürlich nach wie vor sagen, daß das kein Klassenkampf sei. O sancta simplicitas!

In Schwäbeler fand am 25. April eine „christliche“ Versammlung statt, die sich ebenfalls mit der Lohnbewegung befaßte. Auch dort wollen die Unternehmer mit einem vernünftigen Stundenlohn heran. In dieser Versammlung waren unsere Kollegen in großer Anzahl erschienen. Hier wurde den Brüdern in Christo klar gemacht, daß es in Schwäbeler nicht so gehen würde wie in Aachen, daß, wenn gestreikt würde, die Kollegen auch wissen müßten, wofür. 50 A Stundenlohn ist das mindeste, unumkehrbar, als unsere Kollegen meistens schon 52 bis 55 A haben. Ueberhaupt wurde den schwarzen Geiseln dort ordentlich der Stoff gemacht. Schade nur, daß ihr Spiritus rector erst kam, als die Versammlung zu Ende war. Wir wären gern mit gewesen, wie dieser das dattertische Treiben in Aachen gerechtfertigt hätte.

Gau Erfurt. Die Zahl der Streikenden in Saalfeld, die am 22. April die Arbeit niedergelegt haben, beläuft sich auf 200. Davon sind 114 Maurer, 70 Zimmerer und 16 Bauhilfsarbeiter. Es wird gefordert: Minimallohn für Maurer und Zimmerer 45 A pro Stunde, für Junggesellen im ersten und zweiten Gesellenjahre nach Liebererinnommen, jedoch nicht unter 40 A pro Stunde, für Bauhilfsarbeiter 43 A pro Stunde. Liebererinnommen, Nacht- und Sonntagsarbeiten werden mit 10 A Lohnzuschlag pro Stunde bezahlt. Die zehnstündige Arbeitszeit mit einer halbtägigen Freistunde, einhündigtägige Mittags- und halbtägige Wesperrause ist streng einzuhalten. Die Situation ist im allgemeinen gut, da bis jetzt kein Streikbrecher zu verzeichnen ist, sich die Leute im Laufe der letzten Woche wieder einige Kollegen den Streikenden angeschlossen haben. Vier Unternehmer, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, haben die gestellten Forderungen bewilligt. Die Kollegen sind fest entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die gestellten Bedingungen auch vom Arbeitgeberverband anerkannt sind.

In Sachsa fordern die Kollegen die Erhöhung des Lohnes von 31 A auf 36 A. Da die Unternehmer nicht bewilligten, sondern glauben, die Kollegen mit 1 bis 2 A Zulage abspielen zu können, wurde die Arbeit am 15. April einmütig niedergelegt. In einer späteren Verhandlung boten sie für sofort 34 und vom 1. Juli d. J. an 35 A. Dies lehnten die Kollegen ab. Sie hoffen, durch den Streik bald die volle Bewilligung ihrer Forderungen zu erreichen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Differenz von 1 A keinen Streik wert ist.

In Erfurt steht ein Lohnkampf aller drei Bauberufe bevor. Maurer und Zimmerer fordern 55 A, die Bauarbeiter 45 A Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit 48 resp. 38 A Lohn pro Stunde gezahlt. Die Unternehmer boten auf drei Jahre 4 A Lohnerhöhung; 2, 1, 1 A. Die bezügte Arbeitszeit lehnen sie ab. Das Angebot der Unternehmer ist von den Kollegen abgelehnt worden. Die Situation ist so, daß ein Kampf kaum zu vermeiden sein wird.

Auch die Maurer von Langenwedderhof sind erkrankt. Nach jahrelanger Arbeit gelang es endlich, sämtliche Maurer von Langenwedderhof unserem Verbande, bis auf zwei Mann, zuzuführen. Am 10. März stellten unsere Kollegen eine Forderung an die Unternehmer auf 35 A Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Da zitterte wohl manchem Kollegen das Herz im Leibe, aber es wurde nicht so schlimm. Wir verlangten auf diese Forderung bis zum 15. April Antwort. Am 8. April wurde sie eingereicht mit dem Bemerken, daß, wenn die Herren Unternehmer nicht damit einverstanden und auch zu Unterhandlungen nicht bereit seien, die Kündigung am 22. April abgelaufen sei. Es regte sich keiner, bis Sonntag, den 21. April, kurz vor unserer Mitgliederversammlung. Da meldete Herr Maurermeister Schaller brieflich, daß er die Forderung bewillige. Ueber die zwei anderen Meister wurde sofort der Streik beschloßen, doch es währte nicht lange, im Laufe des Montags bewilligte der zweite Meister und im Laufe des Dienstags der letzte Meister. Nun noch ein Wort an unsere Kollegen selbst: Wägen die Kollegen nun nicht denken, nun ist der erste Schritt getan und auch gegeben, nun braucht es nicht so oft die Versammlungen zu besuchen. Rein, Kollegen! Deswegen muß das Interesse werden, denn es gilt, das Erzeugnisse hochzuhalten und zu verbessern.

In Gräfenthal ist die Forderung auf 38 A Stundenlohn von zwei Unternehmern bewilligt worden; aber den dritten, Herrn Bauerjachs, mußte die Sperrn verhängt werden.

Gau Samsburg. In Segeberg sind von den 48 Streikenden bereits 36 abgereist resp. arbeitsmäßig untergebracht. Von den verbliebenen Kollegen werden auch noch einige in der nächsten Woche abreisen. Von den Kollegen ist noch keiner wankelmütig geworden. Es ist zu beachten, daß sich der Streik auch auf Rickling erstreckt, daß also auch von dort der Zuzug fernzuhalten ist, wenn der Sieg unser sein soll.

In Aachen haben unsere Kollegen eine Lohnföderung von 5 A pro Stunde erzielt, so daß nunmehr der Stundenlohn statt 40 45 A beträgt. Außerdem ist die wöchentliche Lohnzahlung eingeföhrt. Dieser haben sich die Unternehmer hohnnädig gewiegt, den Lohn in wöchentlichen Raten zu bezahlen. Der Zweigverein Dörfen soll hat mit den Unternehmern vereinbart, den Stundenlohn von 65 auf 70 A zu erhöhen. Es hat allerdings erst einer Arbeitsniederlegung von einigen Tagen bedurft.

Der Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Aachen dauert unverändert fort. Die Verhandlungen sind seitens der Innung für so lange als abgebrochen erklärt bis unternstlich die Forderung zu gestellt wird, daß sie ihren Zugeständnissen nachkommen. Die Innungsmeister haben in der letzten Verhandlung während des Streiks 50 A Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit und zweijähriger Tarifdauer bewilligt. Der Gesellenausschuß lehnte dieses unter den gegebenen Verhältnissen ab, machte aber, um eine Einigung in die Wege zu leiten, den Vorschlag, für das zweite Jahr die zehnstündige Arbeitszeit bei entsprechender Lohnerhöhung (53 A) zu bewilligen. Dieses würden sie ihren Kollegen zur Annahme empfehlen können. Da die Innungsmeister dieses Vorschlag rundweg abgelehnt haben, beschloß die Differenz ja nur in der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Da die Situation für uns äußerst günstig ist, indem die Streikenden alle unter günstigen Bedingungen in Arbeit treten und bisher kein Zuzug zu verzeichnen ist, so haben wir keine Veranlassung, von der Verkürzung der Arbeitszeit abzusehen. Kurz sei erwähnt, daß als Meister aus der Klasse fünf Maurerlehrlinge aus Elmshorn hier eintrafen; vier davon sind aber nach einjähriger Arbeit wieder abgereist. Die Innungsmeister geben sich die größte Mühe, den Streikenden die Arbeitsgelegenheit abzuhandeln. Unter anderem haben sie auch ein heftigartiges Schreiben nach allen Richtungen versandt, aber bisher ohne Erfolg. Ein günstiger Zufall hat uns ein solches Exemplar in die Hände gespielt. Es lautet:

Kellinghufen, den 11. April 1907.

Herrn.
Die organisierten hier bisher beschäftigten Maurer- und Zimmerer sind wegen Nichtbewilligung ihrer maßlosen Forderungen seit einigen Tagen in den Streik getreten. Durch Annahme im „Erdbote“ haben wir das bauende Publikum um Rücksichtnahme bei Verzögerungen in den Bauausführungen gebeten.

Wir würden im besonderen an Sie die Bitte, Ihre eigenen Arbeiten ohne zwingende Notwendigkeit nicht von den hiesigen streikenden Gesellen ausführen zu lassen, damit deren Kampfmittel, der Streik, zur Bewilligung ihrer Forderungen durch Arbeitszugehung nicht gefährdet wird.

Den uns ausgezogenen Kampf gegen losgelaßene Machtbefreiungen führen wir zur Hauptache im Interesse des bauenden Publikums und dann auch des ganzen Arbeitgeberstandes.

Achtungsvoll
Die Maurer- und Zimmerermeister der freien Baugewerksinnung.
J. A. Germ. Dells, Obermeister.

Vorstehendes Schreiben ist also wiederum ein neuer Beleg für den Terrorismus des Unternehmertums.

In Glin haben die Unternehmer nun 50 A für Maurer und Zimmerer und 40 A für Bauarbeiter geboten. Maurer und Zimmerer haben ihrerseits das Angebot angenommen, den Unternehmern ist aber mitgeteilt worden, daß auch sie die Arbeit nun dann aufnehmen, wenn der Lohn der Bauarbeiter auf 42 A erhöht wird. Die Unternehmer sollen sich, bis zum 30. April dazu äußern.

Gau Hannover. Die Kollegen in Gelnhausen forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 42 auf 47 A vom 1. April d. J. an. Schade selbst ist ein recht unbedeutender Ort, aber durch die Kalindustrie in der Umgegend hat die Bautätigkeit in diesem Ort einen bedeutenden Aufschwung erfahren. Die beiden Unternehmer Günther und Bauerslein, die hauptsächlich in Betracht kommen, sind ein paar Herrenmenschen, die sich durch nichts beirren lassen, die Forderung zu bewilligen. Bei Günther werden circa 45 Arbeiter einschließliche Gesellen und sechs Lehrlinge beschäftigt. Auf dieses keine Häuslein Profetiarier kommen außer dem

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll empfangen haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Ed. Henschel-Berlin (Verb.-Nr. 5785), Otto Pfeilsch-Berlin (10 898), Ed. Ras-Böten (44 902), Emil Sommer-Ringberg i. R. (81 293), Hermann Goldsbom-Gamm i. R. (160 146), Emil Anton-Tillit (336 357), Adam Lubo-Oberstein (178 590), Willi Gremm-Weil (414 407), Heinrich Bauer-Nürnberg (304 512), Mengel Schlichte-Gesamig (391 085), J. Gumbig-Riel (354 565), Paul Kluger-Antonienhütte (345 245), Fritz Thiede-Stamig (336 341), W. Siebert-Bochum (311 097), W. Lehmann-Sentenberg (298 672), Ferns. Bauer-Heidelberg (262 373), Ad. Menges-Göln (260 637), W. Casse-Schönwald i. d. M. (212 925), Friedr. Eggeborn-Hannover (238 774), Aug. Krüger-Mühlbau i. M. (194 158), Ferns. Göge-Weihen (193 088), Otto Engelhardt-Weihenfels (161 022), Rich. Gager-Amstalt (159 883), Fritz Berlin-Gien (122 748), Joh. Billinger-Coburg (129 933), Th. Freiler-Beizig (39 815), Joh. Hoffmann-Bremerhagen (34 820), Walth. Peters-Frankfurt a. M. (305 070), Georg Staub-Frankfurt a. M. (305 093), Friedr. Krins-Berlin (375 975), W. Schuler-Berlin (45 363), Karl Wienack-Harburg (300 803), Ferd. Suthige-Grünberg i. S. Schl. (255 555), Paul Heine-Grünberg i. S. Schl. (75 878), Chr. Gerlumb-Hamburg (257 186), Aug. Dertel-Mühlendeb (87 728), Gust. Wubler-Berlin (3255), Ernst Dube-Riel (110 500), Karl Lehmann-Bremerhagen (114 209), Joh. Seebert-Rohr i. Th. (346 024), Heinrich Zell-Gießen (383 277), W. Gieseler-Billau (129 999), Alb. Schürmer-Blantenburg i. Th. (156 137), Georg Müller-Wittweida (256 412).

Insugeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Wobeg u. d.: Otto Baitrow (Verb.-Nr. 94 660), Emil Johrow (190 111), August Wiltig (190 121), Friedrich Wollert (190 133), Karl Nobe (190 150), Salzwedel: Adolf Müller (98 162); Ulm: Paul Wösch (331 573); Osterwied: Hermann Wormald (93 298), Christian Seinitze (93 304); Erfurt: Johann Noor (333 467).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgesprochen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Die Zweigvereinstafflerer ersuchen wir, das Mitgliedsbuch des am 7. April 1907 in Münster i. W. dem Verbands beigesetzten Kollegen Georg Konradstages (Verb.-Nr. 876 692) anzuhalten und uns dann sofort Mitteilung zu machen.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Göln: Josef Steffed (Verb.-Nr. 186 364), geb. am 2. November 1876 zu Volatig, Lorenz Ree (385 604), geboren am 20. September 1874 zu Hesselheim; Singen (Amt Koblans): Emil Wollpa (367 286), geboren am 16. Januar 1880 zu Meran; Hannover: Heinrich Bofeloh (299 129).

Der Zweigverein Erfurt ersucht den Kollegen Fritz Schilles, geboren am 9. Januar 1885 zu Münsberg, sein Verbandsbuch einzulösen.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Feststellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Beragen a. Migen. Am 21. April hielt die hiesige Zählstelle eine Generalversammlung ab. In der Hauptsache handelte es sich um den ersten Vorlesung, Kollegen Heindrichs, der dadurch gegen unsere Zweigvereinsbeschlüsse verstoßen hat, daß er mit unorganisierten Mauern und Bauhilfsarbeitern zusammenarbeitet. Ebenfalls schiedete Kollege Heindrichs dem sozialdemokratischen Wahlverein noch für 8 Monate Beitrag. Dem mußte entgegengetreten werden, denn wenn erst der Vorstand anfängt zu hummeln, dann tun es die Mitglieder erst recht. Darum wurde von der Versammlung beschlossen, daß Kollege Heindrichs nicht mehr als erster Vorsitzender fungieren könne. In der nun vorgenommenen Neuwahl wurde unser früherer langjähriger Vorsitzender, Kollege Ribder, gewählt. Kollege Ribder sprach der Versammlung seinen Dank dafür aus, daß sie ihm das alte Vertrauen wieder geschenkt hätte, er könne die Wahl jedoch aus Gesundheitsrücksichten nicht annehmen. Weil sich keiner von den Kollegen als erster Vorsitzender herbeigewollte, mußte schließlich unser zweiter Vorsitzender, Bunge, als erster und ein anderer Kollege als zweiter gewählt werden. Hier auf Migen besteht leider die traurige Tatsache, daß keiner etwas für den anderen tun will. Es werden immer nur die borgehoben, die schon jahrelang für den Zweigverein gearbeitet haben. Ebenfalls ist es von unserem Parteivorstand in verschiedenen Versammlungen getadelt worden, daß die Kollegen dem sozialdemokratischen Wahlverein nicht genügend Interesse entgegenbringen, sondern ihm fernbleiben. Es sei doch jedes Kollegen Pflicht, sich auch politisch zu organisieren. Im letzten Punkt der Tagesordnung kam es zur Sprache, daß einige Stettiner Kollegen hierherkommen und in Alford arbeiten, obgleich hier ein Versammlungsbeschluss besteht, der die Alfordarbeit verbietet. Kollege Schauer hat uns schon vor mehreren Wochen versprochen, er wolle dafür sorgen, daß seine Stettiner Kollegen zur Alfordarbeit hinführen, das ist bis jetzt leider noch nicht in Erfüllung gegangen.

Breslau. Donnerstag, den 18. April, tagte hier eine Mitglieder-Versammlung. Durch Eintritt in die Tagesordnung erbrachte die Versammlung durch Erheben von den Klagen das Andenken der durch den Tod aus unseren Reihen gerissenen Kollegen Diepzig, Emanuel Müller, Peter Auf und Ger-

mann Pfeilsch. Hierauf hielt Redakteur Genosse Kaul das Referat über die Waiseier. Er führte den Kollegen die Wichtigkeit und die Form der Waiseier trefflich vor Augen. Besonders betonte er, daß nicht die Arbeitseinstellung am 1. Mai die Feiertage ausmache, sondern der organisierte Arbeiter müsse stets daran denken und danach streben, seine tägliche Arbeitszeit bis zum Achtstundentag zu verkürzen. Die achtstündige Arbeitszeit könne nur erzielt werden, wenn alle Arbeiter sich den Organisationen anschließen. Darum sollten die Kollegen auch für den Verband und die Partei unermüdbar agitieren. Kollege Ulbrich stellte den Antrag, es jedem Kollegen zur Pflicht zu machen, da, wo es irgend möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Bau eines Gewerkschaftshauses, beantragte Gläubig, als erste Rate A 2000 zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Kollege Wöster machte den Vorschlag, über denselben Punkt noch einmal in der nächsten Versammlung zu verhandeln. Malina machte der Verwaltung zum Vorwurf, daß die A 2000 schon an die Lokalkommission bezahlet wären, ohne einen Beschluss der Versammlung herbeizuführen. Jümsche widersetzte diese Behauptung. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Burg b. M. Am 17. April tagte hier eine gut besuchte öffentliche Mauererversammlung, in der Kollege Hahn aus Magdeburg referierte. Derselbe schilderte in längeren Zügen die Lohnbewegungen im allgemeinen und kam später bezüglich auf unsere Lohnfrage zurück, indem er den Kollegen vor Augen führte, daß es unbedingt notwendig sei, unsere Lage zu verbessern. Redakteur Weisall wurde ihm gesollt. Sodann berichtete Kollege Raabert, daß die Unternehmer auf unser Schreiben nicht geantwortet haben. Da unser Lohnstarif erst am 1. Juli abläuft, beauftragte die Versammlung die Lokalkommission, die Unternehmer daran zu erinnern, daß wir unsere Lohnforderung um 5 3 pro Stunde aufrechtzuerhalten und gewillt sind, mit den Unternehmern bis 1. Mai zu verhandeln.

Tredden. Am 20. April tagte im Gasthof „Zum schwarzen Hofs“ in Ottendorf-Okrilla eine Mauererversammlung. Kollege Weisner aus Tredden eröffnete Bericht vom Verbandstag. In der darauffolgenden Debatte wurde die vom Verbandstag beschlossene Gehaltsregulierung kritisiert. Mit den anderen Arbeiten des Verbandstages war man im allgemeinen einverstanden. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Lehmann gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden von verschiedenen Kollegen Wünsche lokaler Natur zur Sprache gebracht. Zum Schluss forderte der Vorsitzende, Kollege Lehmann, auf, in Zukunft die Mauererversammlungen wieder so gütlich zu besuchen, am 1. Mai vollständig in der Mauererversammlung zu erscheinen und immer treu zusammenzuhalten, damit, wenn auch in unserem Ort einmal die Pflicht die Kollegen zut, sie geschlossen dastehen.

Bera. Der hiesige Zweigverein hielt Dienstag, den 17. April, eine Mitglieder-Versammlung ab, die überaus fruchtbar verlaufen war und sich mit der diesjährigen Lohnfrage zu beschäftigen hatte. Bis am 3. April tagende Mitglieder-Versammlung leitete das Angebot der Unternehmer ab, welches lautete: für dieses Jahr 2 3 Zulage, 1908 weitere 2 3 und 1909 1 3 Zulage und Vertrag bis 1910. Unsere Forderung lautete: Minimallohn von 48 3 pro Stunde. Daraufhin wurde die Lokalkommission beauftragt, das Abstimmungsresultat den Unternehmern bekannt zu geben und zugleich hinzuzufügen, daß wir zu weiteren Verhandlungen bereit seien. Es wurde denn zum 22. April wiederum eine Sitzung von den Unternehmern einberufen. In dieser Sitzung boten sie für dieses Jahr 2 3 Zulage und für nächstes Jahr noch einmal 1-2 3 bei einem Vertrage bis 1910; mehr könnten sie nicht bewilligen. Die Beschlüßfassung über dieses Angebot wurde vertagt.

Sörde. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung tagte am 27. April im „Westfälischen Hof“. Zunächst erstattete Kollege Urban aus Vohum Bericht vom Verbandstag. Der Bericht wurde freilich aufgenommen. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal. Kasse und Bücher waren von den Kassieren in schönster Ordnung besunden worden. Bezüglich der Waiseier wurde nach längerer Debatte eine Resolution angenommen, wonach jeder Kollege verpflichtet ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen und sich an der Waiseier des Westfälischen Dortmund-Sörde zu beteiligen. Bezüglich des Unternehmernwehens wurde vom Vorsitzenden betont, daß oft Kollegen Krankeunterstützung beantragen; die laut Statut noch nicht berechtigt sind. Aus der Lokalfalle sei bisher nur in ganz dringenden Fällen Unterstützung gewährt worden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, von jetzt ab überhaupt keine Unterstützung zu bewilligen, sondern nach dem Statut zu handeln, wonach die Kollegen erst Krankeunterstützung bekommen, wenn sie zwei Jahre Mitglied sind und 80 Wochenbeiträge bezahlt haben. Zum Schluss wurden die Kollegen ermahnt, die Arbeiterschaft auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die dem drohen, der den Verdienst der Agenten des Fabrikbetriebsvereins zu Hamburg folgt. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Rangschirrm. Am 6. Februar hatten die Kollegen an die Unternehmer folgende Lohnforderung: Der Stundenlohn soll vom 1. April 1907 auf 42 3 (bisher 35 3) erhöht werden. Gleichzeitig wurde unterseits gemündigt, daß bis zum 15. März Verhandlungen stattfinden möchten, was natürlich von dem Unternehmertum nicht beachtet wurde. Darauf tagten nach dem 1. April mehrere Versammlungen, die sich mit der Lohnfrage befaßten. Da nun Sonnabend, den 6. April, keine Lohnherabsetzung erfolgte, wurde zum 20. April von sämtlichen Kollegen die Kündigung eingereicht. Bei deren Ablauf betamen die Unternehmer Angst und boten 3 3 Zulage, was natürlich abgelehnt wurde. Laut Versammlungsbeschluss vom 15. April wurde Montag, den 22. April, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurden sofort Verhandlungen angebahnt, die am Montag in unserem Vereinslokal stattfanden und auch von Erfolg gekrönt waren. Es konnte leider nicht die volle Forderung durchgedrückt werden; es wurde aber doch

ein guter Erfolg erzielt. Es wurde folgender Vertrag abgeschlossen: Es werden sofort 88 3 pro Stunde gezahlt, vom 15. Juli 1907 an 40 3; außerdem wurden noch mehrere Nebenforderungen bewilligt. Bis 1. April 1906 wurden hier noch Löhne von 30 3 pro Stunde gezahlt. Zur unserer guten und starken Organisation ist es zu denken, daß wir diesen guten Fortschritt in der Bewegung gemacht haben. Bei den Verhandlungen hielt unser Vorsitzender dem Unternehmertum vor, daß sie den Kampf verschuldet hätten, was auch von den Unternehmern zugegeben wurde. Das Unternehmertum hatte darauf geachtet, daß unsere älteren Kollegen abtrünnig werden würden; sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. So konnte nach eintägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen werden. Kollegen, haltet fest zur Organisation! Das ist unsere beste Waffe, womit wir unsere nicht ruhige Lebenslage verbessern können. Wenn die Unternehmer hier am Orte erst eine Organisation haben, wie wir, dann werden auch unsere Kämpfe schwieriger; darum, Kollegen, seid stets auf dem Posten und besucht regelmäßig die Versammlungen und helft an dem Werke unserer guten Sache, damit das Unternehmertum nicht der bestehenden Klasse immer mehr Respekt vor uns bekommt.

Lüdenscheidt. Am 20. April tagte im Lokale Henger eine außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins, die sich eines guten Verlaufes erfreute. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhaltete Kollege Schmidt den Bericht vom neunten Verbandstag. Die Versammlung war mit den Reichlichen des Verbandstages einverstanden, so daß sich nur eine kurze Diskussion entspann. Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, ein Sitzungsfest zu feiern und zur Vorbereitung eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt. Im Punkt „Verständens“ regte Kollege Lenz an, endlich einmal mit der Waiseier Ernst zu machen und einen Beschluss zu fassen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Es wurde dem entgegnet, daß die Waiseier bereits vom Gewerkschaftsrat in Verbindung mit dem Wahlverein arrangiert sei, sie solle am ersten Sonntag im Mai durch eine gemeinschaftliche Kundgebung gefeiert werden. Es könnte deshalb der Sache nicht förderlich sein, wenn die Mauerer schon den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern wollten. Es müsse, wenn etwas aus der Sache werden solle, mit den übrigen Gewerkschaften gemeinschaftlich demonstriert werden. Hierzu seien aber die örtlichen Verhältnisse nicht angetan. Die Kollegen werden deshalb aufgefordert, sich recht zahlreich an dem Maiausflug zu beteiligen. Außerdem wurde beschlossen, daß alle Kollegen, die am 1. Mai arbeiten, eine Markkarte zu 50 3 fleben müssen. Im Punkt „Gesundheitliches“ wies der Vorsitzende darauf hin, daß es angebracht sei, hier geselligen Mitgliederzahl nötig sei, einen Strauß zu Verwaltungszwecken anzuschaffen. Dem wurde zugestimmt. Darauf erfolgte der Schluss der Versammlung.

Unterfuchung des Schriftführers. Es wäre zu wünschen, daß alle Versammlungen in gleicher Weise und noch besser besucht würden, wie diese, denn nur dann können Beschlüsse gefaßt werden, die eine gezielte Entwicklung der Organisation garantieren.

Magdeburg. Die Generalversammlung des Zweigvereins tagte am 21. April im „Luisenpark“. Die Versammlung war nur schwach besucht. Zur Waiseier teilte der Vorsitzende, Kollege Brüggenmann mit, daß der Zweigvereinsvorstand in seiner Sitzung beschlossen hat, den Kollegen zu empfehlen, den Westfälertag, wie im Vorjahre, ohne Unterbrechung zu feiern. Er verliest die Resolutionen des Mannheimer Partei- und des Braunschweiger Verbandstages und wünscht eine rege Beteiligung. Anspitz gegen den Antrag, es soll für diejenigen, welche drei Tage ausgepasst werden, Unterstützung gezahlt werden. Lange widerspricht dem, Erstreutern können wir nicht wieder deswegen einfließen, damit haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; jeder muß aus Ueberzeugung den 1. Mai feiern, auf die Unterstützung kann es nicht ankommen. Gahn: Wir werden noch schwerere Säntipen entgegenkommen, auch können viele während der Auspassersttage Arbeit für sich verrichten. Kocht weist darauf hin, daß in der Metallindustrie wenige feiern werden; wir Mauerer sollen immer auf der Straße liegen, und dann noch ohne Unterstützung; Loburg: Der Hauptvorstand soll die Unterstützung bezahlen; wir haben schon genug erduldet. Die Magdeburger Kollegen sollen immer nur zahlen, aber sonst ist für sie nichts übrig. Wed: Die Waiseier ist eine politische Angelegenheit und muß dementsprechend behandelt werden. Voigt, der erst für den Vorstandsantrag eingetreten war, hat sich inzwischen die Sache anders überlegt. Es muß Unterstützung bezahlt werden ohne Erstreutern. Rag der Vorstand von den Hauptfassengeldern auszugehen, wenn die Lokalfasse nicht reicht. Der Zweigvereinsvorstand ist mit Schult an den hiesigen Zuständen; er nimmt nur die Interessen des Hauptvorstandes wahr und nicht die der hiesigen Kollegen. Brüggenmann weist die Anschuldigungen gegen den Vorstand zurück. Die Hauptfassengelder dürfen wir nicht angreifen. Jeder Beamte hat die Pflicht, die Statuten und Beschlüsse der Verbandstage hochzuhalten. Richter: Die Anschuldigungen gegen den Vorstand sind unbegründet, wir tun unsere Schuldigkeit. Die Kollegen sollen dem Vorstand mehr vertrauen und mehr Idealismus zeigen, dann wird es auch besser werden. Hierauf wird ein Antrag, den 1. Mai mit Unterstützung zu feiern, angenommen; Erstreutern sollen aber nicht erhoben werden. Brüggenmann und Schulte erinnern daran, daß dieser Beschluß nicht haltbar sei, weil dazu keine Mittel vorhanden seien. Nach heftigen Entgegnungen der Kollegen Voigt und Loburg wird dann noch die Resolution des Braunschweiger Verbandstages angenommen. Hiermit war der erste Punkt erledigt. Bezüglich der Anstellung eines zweiten Beamten gibt der Vertrauensmann, Kollege Schulte, einige Erklärungen. Die Mitgliederzahl beträgt 1961. In den umliegenden Zählstellen mußte etwas getan werden; es müsse noch viel agitiert und organisiert werden. Auch die Löhne müßten erhöht werden. Auf den Bauten seien so viele Mängel und Schäden zu bessern, es könne aber nicht eingegriffen werden, da es an Zeit fehle. Außerdem sei die Korrespondenz zu reichhaltig und ver-schriftlichte Arbeiten seien so viele geworden und der Verkehr im Bureau so reg, daß es nicht geschlossen werden könne. Die Außenarbeiten können aber nicht liegen bleiben und deshalb müsse eine zweite Kraft angestellt werden. In finanzieller Hinsicht stehe der Anstellung nichts

im Wege, und eine Mehrbelastung der Mitglieder sei vor- ausichtlich ausgeschlossen. Eierbed ist dagegen, Friede: Wenn der Kollege Schläue die Arbeit nicht mehr leisten kann, müssen wir eine tüchtigere Kraft anstellen. Hoff- mann: Der Gauvorstand mache für uns keinen Federtrieb. Für das Gehalt, was der bezieht, müße er auch für uns was tun. Schellner, Gabau, Richter, Pfeifer für den Antrag; die Arbeiten erfordern es. Eine Kommission soll die Sache noch mal unteruchen, eventuell soll die An- stellung ausgeschrieben werden. Der Zweigverein kann verkleinert werden. Der Gauvorstand hat hier abgewei- chenschaft, er tut nichts für uns. Wir in Warelben können unsere Arbeiten allein bewältigen. Es sprechen noch ver- schiedene Kollegen gegen und für den Antrag; doch sind viele Neben nicht wiedergegeben, da die Kollegen Friede, Boigt, Loburg u. a. durch fortwährende Zwischenrufe einen solchen Tumult verursachten, daß die Versammlung geschlossen werden mußte.

Musken. Den Verbandskollegen empfehlen wir zur Verdrückung, daß es der Gauwirt Göhn auf eine An- frage abgesehen hat, seinen Saal zu Mitgliederberamm- lungen der Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. Danach hat sich jeder Kollege zu richten, indem er Herrn Göhn auch sonst allein läßt und ihn nicht belästigt. Unsere Maifeier findet Sonntag, den 5. Mai, bei Herrn Wismann in Lug- nin statt. Turnercröße und gesungliche Auführungen werden den Teilnehmern eine angenehme Unterhaltung bieten. Die Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Cyprien. Mittwoch, den 24. April, legten 57 Kollegen beim Maurermeister Schmid die Arbeit nieder, weil sie sich mit den Sacharbeitern nicht vertragen konnten. Die katholischen Sacharbeiter werden von den Unternehmern immer in Schutz genommen; was sehr leicht erklärlich ist, weil sie immer Streikbrecherdienste leisten. Unter diesen Sacharbeitern befanden sich zwei, die bei jeder Gelegenheit unsere Kollegen hängeln. Nun verlagern unsere Kol- legen von dem Unternehmer die Entzerrung der zwei Stän- dere. Der Unternehmer jagt es jedoch vor, statt der beiden Sacharbeiter die 57 von unseren Kollegen zu entlassen. Obe- drein mutet er der Organisation zu, daß sie sich der Kollegen nicht annehmen soll, aber er beanprucht für sich das Recht, daß er schwarze Listen in Umlauf setzt. Nun wird wohl der Kampf erweitert werden müssen.

Schlothorn I. Th. Am 14. April hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab; von den 64 Kollegen waren bloß 80 erschienen. Zunächst erhaltete Kollege Schpärn aus Mülhausen Bericht vom Verbands- tage. Es wäre vielleicht auch für die Versammlung mit be- zogen worden, wenn sie der Versammlung mit be- zogen hätten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, besser seine Interessen zu vertreten und den „Grundstein“ zu lesen, damit mit unsere Organisation von Jahr zu Jahr besser ausbauen und kann an die Unternehmer mit Forde- rungen herantreten können.

Fliesenleger.

Der Streik der Kollegen in Wochum konnte bereits am zweiten Tage beendet werden. Durch Unterschrift erklären die Unternehmer, „um des lieben Friedens halber“ die orenthaltenen Zulagen jetzt zahlen zu wollen. Die Arbeit wurde am 24. April wieder aufgenommen.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht der Fliesen- leger von Eilen in Nr. 16 ist ein Fehler enthalten, indem es dort heißt, die Schreiber des Briefes seien als Tarifrecher auf Seite 100000 beschäftigt. Das trifft für Herrn an Gils nicht zu, es bezieht sich vielmehr nur auf Theodor Gils.

Generalversammlungen baugewerblicher Arbeiter- organisationen.

Kurz hintereinander haben in diesem Frühjahr die vier größten und einflussreichsten Bauarbeiterverbände, die der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Maler, ihre Verbandstage bzw. Generalversammlungen abgehalten und damit, soweit es nötig und möglich war, ihre Mitigung verbessert. Die wichtigsten Beschlüsse unseres Ver- bandstages haben wir schon mitgeteilt und über die Mit- glieder- und Lohnbewegung, Kassengeschäfte etc. sind die Beize des „Grundstein“ durch vorhergehende Artikel unterrichtet. Nachfragen wollen wir hier die Resolution zur Affordarbeit. Sie lautet:

Der neunte Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist, wie seine Vorgänger, von der Schädlichkeit der Affordarbeit sowohl für die Allgemeinheit als im besonderen für die Bau- arbeiterchaft überzeugt.

Der Verbandstag hält daher eine Beiseitigung der Affordarbeit für notwendig und beauftragt die Zweig- vereine und die Funktionäre des Verbandes, unausgesetzt an der Beiseitigung des Uebels zu wirken. Für diese Tätigkeit sollen folgende Normen gelten: 1. Beiseitigung der Affordarbeit in allen oder auch nur in einzelnen Spezialberufen Affordarbeit, so muß hier durch ständige Belehrung und Aufklärung über die Schädlichkeit der Affordarbeit auf deren Beiseitigung hin- gewirkt werden.

2. Wenn in einem Zweigvereinsbezirk die Afford- arbeit durch Beschluß der Affordarbeit verboten ist, so sind solche Beschlüsse von allen Angehörigen der Organi- sation freige zu halten.

3. Der Verbandstag beauftragt alle Instanzen der Organisation, vornehmlich den Verbandsvorstand, die Reso- lution des „Grundstein“ und die Gauvorstände, ener- gischer als bisher in Wort und Schrift systematische Auf- klärung über die Schäden der Affordarbeit unter den Mitgliedern zu verbreiten.

Aus dem Schlußatz der Resolution könnte heraus- gesehen werden, daß die genannten „Organisations- instanzen“ in bezug auf die Befämpfung der Affordarbeit lässig gewesen seien. Sollte dies die Meinung des Ver- bandstages gewesen sein, so mühten wir für unseren Teil solchen Vorwurf zurückweisen. In ausfallenden Artikeln über die Schädlichkeit der Affordarbeit hat es im „Grund- stein“ mehrfach nicht gefehlt, und sie sind erfreulicherweise auch nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Nichtsdestoweniger

wünschen wir mit dem Verbandstage, daß die jetzt be- schlossene Resolution und weitere gelegentlichen Darlegungen in immer höherem Maße Be- und Nachachtung bei allen Kollegen finden mögen.

Am 7. bis 13. April, hielten in Gamburg die Bauhilfs- arbeiter ihren neunten Verbandstag ab. Ueber die Mitgliederbewegung und Finanzlage unseres Bruderver- bandes haben wir schon in Nr. 11 des „Grundstein“ kurz berichtet. Danach betrug die Zahl der Mitglieder am Jahreschluß 1906 83 625 und der Kassenschatz M 824 187. Der Zweigverein hatte der Verband am Jahreschluß 370. Die Differenz zwischen Mitgliederaufnahme und Mitglieder- bestand gibt Anlaß zu betrüblicher Klage über die ganz unfaßbare Fluktuation. In der Berichtsperiode (1905/06) haben 148 255 neue Mitglieder Eintrittsgeld bezahlt, im Jahre 1905: 63 948 und im Jahre 1906: 66 507. Von anderen Verbänden sind ohne Eintrittsgeld 6951 Kollegen übergetreten, zusammen also 154 206. Im Schluß des Jahres 1906 waren aber nur 45 689 mehr Mitglieder als 1904 vorhanden. Es haben also in diesen 2 Jahren unter- irgend einem Vorwand 108 617 Mitglieder den Verband wieder verlassen. Eine so hohe Fluktuation dürfte bei keiner anderen Organisation sich bemerkbar machen. Freilich ist auch in seinem Beruf der Arbeitswechsel ein so großer wie bei den Hilfsarbeitern. Dies allein kann aber die Ursache nicht sein.

In dem Bericht über die Lohnbewegungen wird lobend hervorgehoben, daß die Maurer in vielen Fällen dafür ein- getreten sind, daß der Bauhilfsarbeiterverband von den Unternehmern als gleichberechtigter Faktor bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt wird und daß die Hilfsarbeiter in die Tarifverträge einbezogen werden. In der Lohnbewegung waren im Jahre 1905 circa 49 000 Mitglieder beteiligt; in 97 Orten wurde für 45 400 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3 1/2 % pro Stunde erzwungen, in 18 Orten wurde für 3200 Mitglieder die Ar- beitszeit von 1 bis 10 Stunden (durchschnittlich 9 1/2 Stun- den) pro Woche verfürzt. Im Jahre 1906 erzwangen 62 650 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 1/2 % pro Stunde, und 15 885 Kollegen eine Verkürzung der Arbeits- zeit von durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Woche. Die Gesamtansätze für die Lohnbewegung (Streiks, Aus- sperrung etc.) belief sich im Jahre 1905 auf M 835 478 und im Jahre 1906 auf M 417 630.

Die Debatte, die sich an den Vorstandsbereich knüpfen, zeigten, daß der Verbandstag im großen und ganzen mit der Geschäftsführung des Vorstandes einverstanden war. Einen ziemlich breiten Raum nahm die Debatte über die Verschmelzungfrage ein. Von dem Vorstande wie von der Mehrheit der Delegierten wurde der Verschmelzung mit unserem Verbandsverband das Wort geteilt und bedauert, daß sich der Maurerverband bisher noch immer ablehnend verhalte. Die Stellung des Verbandstages fand in folgen- den Absätzen ihren Ausdruck:

1. Der neunte Verbandstag der baugewerblichen Hilfs- arbeiter Deutschlands hält die ablehnende Haltung des Maurerverbandes auf seiner letzten Generalversammlung betrefis der Verschmelzung für hemmend in der Fort- entwicklung der Gesamtorganisation der Arbeiter des Bau- berufes. Er erblickt nach wie vor in dem Zusammenschluß aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die einzig wirksame Organisation, welche im stande ist, nach allen Rich- tungen hin die Interessen der in Betracht kommenden Be- rufe zu vertreten.

2. Von den Hauptvorständen der beiden Organisationen (Bauhilfsarbeiter und Maurer) ist in kürzester Zeit ein Vertrag auszuarbeiten, der festlegt, ob die in der Zement- und Betonarbeiten beschäftigten Arbeiter der Maurer- oder Bauhilfsarbeiterorganisation sich anschließen sollen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in einigen Städten die Zement- und Betonarbeiter dem Maurer-, in anderen Städten dem Bauhilfsarbeiterverband angehören. Dieser Vorlaß ist sofort in den Organen der beiden Verbände zu veröffentlichen.

Ein anderer wichtiger Verhandlungspunkt betraf die Erweiterung der Unterstützungsleistungen, wozu zahl- reiche Anträge vorlagen. So z. B. ein Antrag des Zweig- vereins Berlin auf Einführung einer Arbeitslosenunter- stützung. Dieser Antrag wurde jedoch zurückgewiesen, da- gegen die Einführung einer vom Vorstand beschlossenen Krankenunterstützung beschlossen. Diese Unter- stützung soll bereits am 1. Oktober d. J. in Kraft treten und auch während der Wintermonate gewährt werden. Man hat diese Unterstützung gewissermaßen als Übergang zur Arbeitslosenunterstützung angesehen. Als dritten wesentlichen Punkt der Tagesordnung erwähnen wir die Neuregelung der Beiträge. Beschlossen wurde die allgemeine Erhöhung der Beiträge um 10 % pro Woche. Dabei sollen zwar die Anteile der Kassisten derselben bleiben, jedoch soll, wenn der erhöhte Beitrag 26 Wochen lang gezahlt worden ist, die Streifenunterstützung in allen Klassen um M 1 erhöht werden. Im Anschluß daran fand dann auch ein Antrag Annahme, wonach der Verbands- vorstand mit den Bauvorständen und dem Ausschuß Extra- beiträge auszusprechen kann, falls es sich als notwendig herausstellen sollte. Außerdem wurde noch die Beschickung des nächsten Gewerkschaftskongresses und die des interna- tionalen Arbeiterkongresses geregelt. In der nächsten Zeit sollen noch fünf Bauleiter ange stellt werden. Ent- sprechend der stark gewachsenen Mitgliederzahl wurde auch der Modus an den Delegiertenanhältern zum Verbandstag geändert. Das Organ, „Der Bauhilfsarbeiter“, erscheint in Zukunft immer wöchentlich, wodurch die Anstellung eines zweiten Redakteurs notwendig wird. Die Stelle soll aus- geschrieben und zur Bewerbung auch organisierte Angehörige anderer Bauberufe zugelassen werden. Die Gehaltsfrage erfuhr eine Regelung, die der ähnlich ist, die unser Ver- bandstag in Geln getroffen hat. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl sämtlicher bisherigen Funktionäre.

In der Woche vom 14. bis 20. April hielt in Eln, an derselben Stätte, wo 14 Tage früher unser Verbandstag stattfand, der Zentralverband der Zimmerer seine siebzehnte Generalversammlung ab. Ueber den Fortschritt unserer Brudergewerkschaft haben wir gleich- falls schon eine kurze Notiz abgedruckt (Nr. 15 des „Grund- stein“), die wir nun nach dem Vorliegenden S. 26 r a

der erstatteten Vorstandsbericht in einigen Punkten er- gänzen: Bei der Berufsählung im Jahre 1895 wurden in Deutschland 160 553 Zimmerer (Gesellen und Lehrlinge), ermittelt, davon in den Großstädten (über 100 000 Ein- wohner) aufgenommen 20 804, in den Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner) 15 616, in den Kleinstädten (5000 bis 20 000 Einwohner) 22 939, in den Landstädten (200 bis bis 5000 Einwohner) 22 731 und auf dem platten Lande (in Orten bis zu 2000 Einwohnern) 78 483 Zimmerer. Diese Zahlen mögen sich seitdem verhöhen haben, immer- hin dürften sie noch ein relatives Bild davon ergeben, wie sich die Zimmerer in Deutschland verteilen; nahezu die Hälfte aller Zimmerer wohnt auf dem platten Lande ge- streut. Hinzu kommt noch, daß ein harter Proletariat der Zimmerer gar nicht in Zimmererbetrieben, sondern anderweitig beschäftigt ist. Die Betriebsstatistik aus dem gleichen Jahre (1895) verzeichnet 47 079 Zimmererbetriebe mit aufammen 95 401 Gesellen und Arbeitern, und dar- unter befinden sich 14 191 Lehrlinge. Im August des Jah- res 1906 hat der Zentralverband Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Organisations- verhältnisse im Zimmergewerbe veranstaltet; sie bieten ein Bild, wie weit der Zentralverband im Zimmererberufe vorgebrungen ist. Es beteiligten sich an den Erhebungen 645 Betriebsabteilungen, die sich über 3255 Orte erstreckten; 24 Arbeitsstellen beteiligten sich leider nicht. Zimmerer haben die Erhebungen ein wertvolles Material geliefert; das noch in der Bearbeitung ist. Festgestellt ist bereits, daß bei den Erhebungen 83 312 Zimmerer ermittelt wurden. Davon gehörten 47 339 dem Zentralverbande an und 4413 anderen Organisationen; während 31 608 noch unorgani- siert waren. Die ermittelten 83 312 Zimmerer verteilen sich auf 11 209 Wohnorte.

Ueber die Lohnbewegungen wird berichtet, daß im Jahre 1905 aus 282 Arbeitsstellen mit 27 243 Mitgliedern und im Jahre 1906 für 27 911 Mitglieder in 470 Fällen Forde- rungen beim Zentralverband angemeldet wurden. Im Jahre 1905 kam es in 127 Arbeitsstellen zur Arbeits- stillung, in einigen Arbeitsstellen zu wiederholten Malen, so daß insgesamt 199 Lohnkämpfe zu führen waren. Im Jahre 1906 belief sich die Zahl der Streiks und Aus- sperrungen auf 292 innerhalb 261 Arbeitsstellen. In beiden Berichtsjahren hatte der Verband 812 Angriffstreiks, 80 Abwehrstreiks und 89 Ausperrungen zu bewältigen. Beteiligt waren im Jahre 1905 bei den Angriffstreiks 5220, bei den Abwehrstreiks 381 und bei den Ausperrun- gen 3261 Kollegen; im Jahre 1906: 6083, 627 und 1824. Der Erfolg der Kämpfe war im Jahre 1905 für 33 694 Mitglieder Lohnerhöhungen von 1 bis 7 1/2 % und für 4796 Mitglieder Verkürzung der Arbeitszeit von 1/4 bis 1 Stunde; 1906 wurde für 43 220 Mitglieder der Stunden- lohn um 1 bis 10 % erhöht und für 6532 die Arbeitszeit um 1/4 bis 1 Stunde pro Tag verfürzt. Die Kosten der Gesamtbewegung betrugen M 356 943 im Jahre 1905 und M 304 065 im Jahre 1906.

Der Bericht über das Sachgange führte zur Annahme einer Resolution, die auf den Streik über „Partei und Gewerkschaft“ bezug nimmt und den damals eingewonne- nen Standpunkt des „Zimmerer“ im allgemeinen als rich- tig anerkennt. — Anträge auf Erweiterung der Arbeits- losenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung wurden abgelehnt, ebenfalls die Einführung einer Unter- stützung in Sterbefällen. Abgelehnt wurde auch jede Ver- tragserhöhung. — In dem Bericht über die zukünftige Lohnbewegung wies der Vorstande darauf hin, daß sich die Arbeiterchaft unbedingt auf einen harten Kampf mit dem Unternehmertum gefaßt machen müsse. Redner wendete sich ferner gegen die planlosen Streiks, mit denen endlich ausgeräumt werden müsse, und gegen den groben Fehler, einen Streik auch dann noch weiter zu führen, wenn er aussichtslos geworden ist. Dadurch werde die Bewegung an den betreffenden Orten auf Jahre zurückgeworfen, während ein rechtzeitig abgegründeter Streik des öfteren im folgenden Jahre die Bewältigung der Forderungen ohne Kampf gebracht habe, weil sich das Unternehmertum einer ungeschwächten Organisation gegenüber. In einer ein- stimmig angenommenen Resolution wird zum Ausdruck ge- bracht, daß der Zimmererverband sein Augenmerk ganz besonders auf die Verkürzung der Arbeitszeit richten will, und daß bei etwaigen großen Ausperrungen der Zentral- vorstand sofort von dem im § 14 des Streitretelements an- gegebenen Rechte (Erhebung von Extrabeiträgen), in aus- geübter und unbeschränkter Weise Gebrauch machen soll. Ferner wird zur besonderen Beachtung bei Lohnbewegungen bestimmt: Es sollen alle Mittel verfaßt werden, welche die Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Bevor ein Kampf zu ihrer Durchführung inszeniert wird, bevor der Beschluß gefaßt wird, in einen Kampf einzutreten, ist das Gutachten bezug der Rat des Zentralverbandes ein- zuholen. Kämpfe, die veranstaltet werden, ohne dem Zentralverband vorher Gelegenheit gegeben zu haben, sich darüber zu äußern, betreffen das Recht der Unterstützung seitens der Verbandshauptkass.

In der Diskussion über Agitation und Organisation wurde auch Stellung zu der Verfassungszugabe genommen, worüber sich jedoch außerordentlich wenig Re- gung zeigte. Die Entimmung des Zentralverbandes und der Neuzugabe der Delegierten dürfte folgender Ausschluß aus dem Begriffsartikel des „Zimmerer“ zur General- versammlung widerlegeln:

Es sind Anträge gestellt, die nicht auf das vor- liegend umschriebene Ziel der Gewerkschaftsbewegung ge- richtet sind, beruhsweise den Arbeitsmarkt zu beherrschen, um je nach Lage der Marktverhältnisse eine planmäßige Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können. Wir meinen, jene Anträge, die den Zentralverband beauftragen wollen, im Baugewerbe tätigen Gewerkschaften, sich mit den Zentral- den Zentralverband zu beauftragen, sich mit den Zentral- vorständen der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Ver- bindung zu setzen, um die Verschmelzung der drei Verbände zu ermöglichen“ u. dgl. m. Diese Anträge werden wir nicht bei dem letzten Grunde, die Frage aufzuwerfen, ob wir mit der Gewerkschaftsbewegung ein anderes Ziel erreichen wollen, als das traditionelle, oben umschriebene Ziel. Sämt man sei an diesem Ziel, dann kann man nicht einer

Erschmelzung von Berufsorganisationen das Wort reden, die jede für sich tatsächlich einen in sich abgeschlossenen Beruf vertreten. Die Zusammenfassung der Arbeiter verschiedener Berufe in einer Organisation hat nur dort einen Sinn, wo die Berufe selbst ineinander aufgehen, zusammen eine Industrie bilden. Und selbst hier haben einer solchen Organisation Schwierigkeiten an, die einer Berufsorganisation abgehen. Immerhin, wo einmal mehrere Berufe tatsächlich in einer Industrie aufgegangen sind, ist die Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Berufsarbeiter in nur einer Organisation (schließlich eine Selbstverständlichkeit; das Schwierige muß dann mit in den Kauf genommen werden. Darüber wollen wir uns aber nicht hinwegtäuschen: die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung lassen in dem Maße nach, wie die Gewerkschaften gezwungen sind, Organisationen vieler verschiedener Berufsarbeiter zu sein.

Die erwähnten Vorträge wurden denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt: — Die Gehaltsfrage wurde in ähnlichem Sinne wie bei uns geregelt. Violotte Mitglieder des Vorstandes und die Redakteure des Fachorgans A 2400 Anfangs- und A 3000 Endegehalt, die zur Zeit über fünf Jahre tätigen Beamten eine sofortige Aufbesserung von A 100 bis 300. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg; in der Besetzung des Vorstandes usw. wurden keine Änderungen beliebt.

Der Verbandstag der **Maler, Lackierer, Anstreicher** usw. tagte in der Zeit vom 8. bis 13. April in Leipzig. Da wir über die Verhältnisse und den Mitgliederbestand auch dieser Organisation schon berichtet haben, heben wir aus dem Vorstandsbericht hervor, daß die Vorkampfbewegungen im Berichtsjahre 1905 folgenden Erfolg hatten: Arbeitszeitverkürzung für 3517 Kollegen aufsummen 12 656 Stunden pro Woche, gleich rund 3 1/2 Stunde pro Mann und Woche; Lohnerböhung für 7812 Kollegen aufsummen A 16 531, gleich A 2,17 pro Mann und Woche; 1906: Arbeitszeitverkürzung für 7431 Kollegen pro Woche 17 379 Stunden, gleich 2 1/2 Stunde pro Mann und Woche, Lohnerböhung für 19 211 Kollegen pro Woche A 70 964, gleich A 3,70 pro Mann und Woche. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurden einige Mißbilligungen zwischen Vorstandsmitgliedern und der Delegation des Fachorgans, sowie auch „Unstimmigkeiten“ zwischen dem Vorstand und der Mitgliedschaft Hamburg begw. des Gauvorstehers dieses Bezirks zur Sprache gebracht und getabelt. Einige Delegierte haben in dem Fachorgan die „revolutionäre Energie“ vermisst, andererseits wird ein Referat über die Malerei stark bemängelt, weil darin die Arbeitsruhe nicht genügend propagiert wurde. Der Redakteur des Fachorgans fällt dem entgegen, daß der Verband und auch das Fachorgan auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und auch ferner stehen werden, während von dem Referenten über die Malerei betont wurde, er habe durchaus nicht die Malerei herabsetzen, sondern nur hervorheben wollen, daß über die Unterbringung der aus Anlaß der Malerei Gemalgelerten nur die Organisation zu entscheiden habe.

Von den organisatorischen Veränderungen erwähnen wir: Der Sommerbeitrag (35 Wochen) wurde von 40 J auf 50 J erhöht, in den Wintermonaten soll der Beitrag nicht unter 20 J (bisher 15 J) betragen. Von diesen Beiträgen fließen in die Hauptkasse 40 bzw. 15 J. Vorstand und Ausschuss sind ermächtigt, Extrabeiträge für die Hauptkasse auszusprechen. Der Vorstand wurde von sieben auf neun Personen verstärkt, vier davon: erster und zweiter Vorsitzender, Kassierer und Sekretär, sind beibehalten. Zum Verbandstag wählten 250 Mitglieder einen, die weitere 750 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Gewundene Mandate sind nicht zulässig. Das Verbandsgebiet wird statt der bisherigen zehn in sieben Agitationsbezirke aufgeteilt. Filialen: deren Jahresabrechnung den durchschnittlichen Stand von 500 Mitgliedern ergibt, können die Anstellung eines Beamten beim Vorlande beantragen. Filialen mit 1800 Mitgliedern können einen zweiten, mit 3500 Mitgliedern einen dritten Beamten anstellen. Die Gehalte aller Beamten werden von nun an aus der Hauptkasse bezahlt. Die Gehalte der Filialbeamten steigen von A 1800 bis auf 2200 Höchstgehalt. Die verantwortlichen Beamten des Hauptvorstandes und der Redakteur des Fachorgans erhalten ein Monatsgehalt von A 2400 bis zum Höchstbetrage von A 3000 steigend. Das Anfangsgehalt der ständigen Hilfsarbeiter beim Hauptvorstand steigt von A 1900 bis 2200. Vom 1. Januar 1907 an erhalten der erste Vorsitzende A 2700, der zweite Vorsitzende A 2500, der Kassierer A 2700 und der Redakteur A 2000 Gehalt. Die Anfangsgehälter der Beamten in Filialen mit über 1000 Mitgliedern betragen von A 2000 bis 2500. — Die Streikunterstützung wird wie folgt festgelegt: Für Ledige bei 14 bis 52 Wochen Mitgliedschaft auf A 1,50 pro Tag und A 9 pro Woche, bei über 53 Wochen A 2 pro Tag und A 12 pro Woche. Für Verheiratete nach 14 bis 52 Wochen Mitgliedschaft A 2 pro Tag, A 12 pro Woche, bei über 52 Wochen A 2,50 pro Tag und A 15 pro Woche. Die Höchstsumme der Streikunterstützung für Verheiratete (die für jedes nicht der Schule entlassene Kind A 1 pro Woche erhalten) darf bis zu 18 Wochen Mitgliedschaft nicht über A 14, bis zu 52 Wochen nicht über A 17 und bei über 52 Wochen Mitgliedschaft nicht über A 20 pro Woche betragen. Weibliche Mitglieder erhalten pro Tag A 1, pro Woche A 6, und für jedes Kind A 1 pro Woche Streikunterstützung. Bei der durch die Malerei entstandenen Aussperrung oder Maßregelung erhalten die länger als 13 Wochen dem Verbands angehörenden Mitglieder die Streikunterstützung aus der Hauptkasse nach Ablauf der zweiten Woche, wenn Dreiviertel der im Betriebe beschäftigten Mitglieder die Arbeitsruhe auf A 1 betriebslos haben. Die Malereierunterstützung tritt bereits für 1907 in Kraft. — Den Verheirateten Mitgliedern, die außerhalb des Streikortes Arbeit annehmen, wird, wenn eine tägliche Rückkehr zur Familie nicht möglich ist, auf Antrag bei der Streikleitung eine Familienunterstützung gewährt, und zwar A 3 pro Woche für die Frau, für jedes Kind unter 14 Jahren A 1.

Zu zwei Referaten über „Meinheitsverletzungen“ und „Minimaleistung und Affordabilität“ wurden entsprechende

Resolutionen beschlossen, wovon wir die letztere nachstehend abdrucken:

„Die Generalversammlung kann die Affordabilität als eine erstrebenswerte Arbeitsmethode nicht anerkennen. Angesichts des sich gegenwärtig vollziehenden Entwicklungsprozesses in der Lohnform und der Arbeitsmethode des Malergewerbes beschließt die Generalversammlung, daß es sich zunächst um tatsächliche Fragen handelt, eine Entscheidung über diese Punkte nicht zu treffen. Sie beauftragt den Vorstand, über die Fragen der Afford- und Pensumarbeit, sowie über die Mindestleistung Aufklärung in den Kollegienkreisen zu schaffen, um diesen auf diese Weise die Folgen dieser Arbeitsysteme zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Kampfe gegen deren Schäden durch den Einfluß der Organisation zu veranlassen. Der Vorstand wird beauftragt, auf Grund des von Leinert gehaltenen Referats eine Broschüre herzustellen.“

Generalversammlung des Verbandes Christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter.

Die Generalversammlung tagte vom 14. bis 18. April in Stadthauspark auf Cassel. Außer den Vorstandsvorstreitern und Gauleitern nahmen 73 Delegierte daran teil. Außerdem waren Vertreter der Casseler Geistlichkeit erschienen und der Versammlung ihren Segen zu erteilen, und auch der Regierungspräsident hatte einen Vertreter entsandt. Aus dem Vorstandsbericht, wie er in den Nummern 16 und 17 des Fachorgans A 2400 erstattet wird, sei hier einiges mitgeteilt. Die Mitgliederzahl, besonders ihre Bewegung während der letzten drei Jahre, wird durch folgende Aufstellung veranschaulicht:

	1904	1905	1906
1. Quartal	6988	18558	25400
2. „	13416	21479	37782
3. „	14299	20583	36628
4. „	14021	22089	38078
Im Jahresdurchschnitt ..	12676	20672	33959

Von den 86 623 Mitgliedern im dritten Quartal 1906 waren 23 580 Maurer, 7206 Bauhilfsarbeiter, 2639 Zimmerer, 1417 Stuckateure resp. Putzer, 790 Steinarbeiter, 449 Dachdecker, 251 Jesenarbeiter, 189 Fliesenleger, 65 verteilten sich auf verschiedene andere Berufe. Von den Mitgliedern haben 22 540 ihren Arbeitssort in Rheinland oder Westfalen, das sind 58,2 pZt. der Mitgliederzahl am Schluß des Jahres. Im übrigen sind Mitglieder in Ostpreußen 1554, Westpreußen 1298, Brandenburg 1339, Pommern 63, Posen 1107, Schlesien 1163, Prov. Sachsen 645, Silesien-Passau 1072, Hannover 2597, Bayern (ohne Pfalz) 1339, Württemberg 63, Baden und Hessen 729, Pfalz und Reichslande 1413, Braunschweig, Lippe und Waldeck 402, Bremen und Hamburg 152. Man beklagt, daß es so schwer halte, in Württemberg vorwärts zu kommen und führt das auf den Mangel an „couragierten Intelligenzen“ zurück. Neu hat man durch die ehrenvolle Protektion des Reichslagenverbandes Bresche gelegt in Pommern; auf demselben Wege hofft man dort auch ferner weiter zu kommen. Das Königreich Sachsen ist dem Verbands bisher verschlossen geblieben, was den katholischen Fachabteilungen zur Last gelegt wird. Im Westen des Landes hat man auch einige belgische und holländische Maurer organisiert, ihre Zahl schätzt man auf 2000. Um unter den Italienern mehr Anhang zu gewinnen, hatte man einen Dr. Valente als Sekretär engagiert. Die preussische Polizei hatte jedoch kein Verständnis für dessen Tätigkeit und wies ihn aus. Jetzt hat man einen naturalisierten italienischen Maurer dafür angestellt. Gau- oder Bezirksleiter hat man jetzt 16 angesetzt. Der Bericht beklagt auch die starke Plüktuation: von 22 782 Neueingetretenen im Jahre 1905 blieben nur 8068 und von 31 573 Neueingetretenen im Jahre 1906 blieben nur 15 987. Die Klassenverhältnisse haben sich gleichfalls in günstiger Weise entwickelt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug (ohne Kassenbestand) 1905 A 308 718, 1906 A 454 473. Davon entfielen auf wöchentliche Beiträge 1905 A 298 556, 1906 A 450 945. Von den Ausgaben erwähnen wir folgende Posten: Verbandsorgan (mit den beiden fremdsprachigen) 1905 A 27 555, 1906 A 43 134; Agitation A 52 919 resp. A 87 728; Streiks und Ausperrungen A 170 951 resp. A 139 365; Unterstützungen A 10 940 resp. A 17 903; Verwaltung A 32 224 resp. A 46 167. Das Verbandsvermögen beträgt A 247 752, wovon A 173 143 in der Hauptkasse sind; im Jahre 1905 war der Verband an 83 Streiks beteiligt, die für 8013 Mitglieder Lohnerböhrungen von 2 bis 10 J und für 2060 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 2-8 Stunden pro Woche brachten. Von Ausperrungen wurden 5011 Mitglieder einer Arbeitszeitverkürzung von 2 bis 10 J und für 2060 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 2-8 Stunden pro Woche brachten. Von Ausperrungen wurden 5011 Mitglieder einer Arbeitszeitverkürzung von 2 bis 10 J und für 2060 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 2-8 Stunden pro Woche brachten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht brachte zwar vielerlei Reden, aber nichts Bemerkenswerthes. Ueber die kulturelle Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit referierte Koch-Danzig. Die dazu angenommene Resolution lautet:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit ist aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Anforderungen an die Leistungen des Arbeiters werden durch die immer mehr überhandnehmende Arbeitsteilung bautechnischer Veränderungen, kurze Bauzeiten u. fortwährend zu steigen versucht. Der häufige Wechsel der Arbeitsplätze und der Umstand, daß die baugewerblichen Arbeiter größtenteils sich aus ländlichen Gegenden rekrutieren und vielfach mehrere Stunden von den Industriorten entfernt heimkehren, bedingt für dieselben ohnehin eine geringere Möglichkeit zur Teilnahme an den gesteigerten Gütern der Wirtschaft und Kultur. Die Funktionäre des Verbandes werden daher aufgefordert, der Frage der Arbeitszeit eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zunächst ist in Orten mit mehr als zehnjähriger Arbeitszeit bei Tarifverträgen eine Verkürzung mit Nach-

druck anzustreben. In sozial und wirtschaftlich höher entwickelten Bezirken ist allmählich auf eine weitere Verkürzung Bedacht zu nehmen.“

Im Steinarbeiterberufe wird die Verordnung des Bundesrates vom 20. März 1902 noch sehr häufig umgangen. Die zur Zeit bestehenden Tarifbestimmungen sind daher schärfer zu handhaben. Die für Sandsteinarbeiter begünstigten Bestimmungen sind auf alle Steinarbeiterberufe auszuwenden. Die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffer bei den Arbeitern der Steinindustrie kann hauptsächlich nur durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit verringert werden.“

Darauf folgte ein Referat von Lange-Göln über die Tarifverträge. Dazu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der korporative Arbeitsvertrag ist zur Zeit die vollkommenste Form zur Wahrnehmung der Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Gegenüber den vertriebenen Angehörigen des Tarifvertragswesens aus der letzteren Zeit erklärt die IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands: Die Tarifverträge verhindern die einseitige Ausnutzung wechselseitiger Konjunkturen und sind daher ein geeignetes Mittel zur ruhigen Entwicklung des Handwerkes, sowie zur schrittweisen und dauernden Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Auch werden durch Tarifverträge unsolche Konkurrenz im Gewerbe eingebämmt, die Missverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeiter auf die Dauer gemildert und das soziale Verständnis der beteiligten Parteien gefördert. Diesen Zwecken dienen Tarifverträge am sichersten, wenn sie langfristig vereinbart und zur Schlichtung von Differenzen Eingangscommissionen eingesetzt werden. Die vereinbarten Tarifverträge sind unter allen Umständen von den vertragschließenden Parteien einzuhalten und durchzuführen. Im Hinblick auf die große Zahl der bereits getroffenen privaten Vereinbarungen bedarf der Tarifwesen einer rechtlichen Unterlage; diese ist baldigst durch die Reichsgesetzgebung herbeizuführen.“

Von den Veränderungen des Statuts seien folgende hervorgehoben: Die unerferte Beitragsklasse (25 J) wird gestrichen. Der Verwaltungskosten fest es frei, von Wiederertrittenen ein höheres Eintrittsgeld zu erheben. Der Beitrag für Arbeitslose wurde auf 25 J erhöht. Die Dauer der Krankenunterstützung wird auf 26 Wochen verlängert. In den Monaten Mai, Juni, Juli und August dieses Jahres, wird ein Extrabeitrag von je zwei Wochen beiträgen erhoben. Die Bestimmungen, daß keine Mitglieder unter 17 Jahren aufgenommen werden, wurde beibehalten. Das Verbandsorgan soll in Zukunft während der Sommermonate achttägig erscheinen. Dem Titel soll angefügt werden „Maurer und Steinarbeiter“. Außerdem wurden die Anstellungsverhältnisse der Beamten geregelt. Das Gehalt der Mitglieder des Hauptvorstandes soll A 2100 mit jährlicher Erhöhung von A 80 bis zur Höchstgrenze von A 2700 betragen. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender J. Wiebinger, als zweiter Vorsitzender A. Schmidt (bisher Bezirksleiter in Bochum), als Kassierer J. J. J. und als Redakteur J. Beder.

Bauarbeiterkongress in Frankreich.

Der Bauarbeiterkongress, über dessen Einberufung wir jetzt berichtet, verhandelte hinter verschlossenen Türen. Der Zugang war allen Nichtdelegierten streng verwehrt, weshalb wir erst jetzt in der Lage sind, auf Grund eines fast nur die Bestimmungen enthaltenden Protokolls, ergänzt durch die mündlichen Mitteilungen von Kongressmitgliedern, darüber zu berichten. Betreten waren 140 Syndikate, wovon 14 feiner der bestehenden Föderationen angehörten. Von den 140 Syndikaten waren 88 solche, die alle Berufsgruppen umfassen, 19 Maurersyndikate, 19 Bauhilfsarbeiter, Baustellener usw., 15 Maler und Anstreicher, 9 Dachdecker und Dachstuhlger, 6 Zimmerer, 5 Bauhilfs- und Erdarbeiter, 5 Bauhilfsarbeiter.

Auf dem Kongress fanden sich zwei Meinungen über die Form, die dem Verbands zu geben sei, gegenüber. A. B. C., Sekretär der Föderation der Maler, vertritt die Organisationsform nach Föderationen. Danach sollten zwölf autonome bestehenden Syndikate in einer Föderation vereinigt werden, jedoch die Verbandsmitglieder selbst bestehen bleiben und sämtliche Syndikate eines Berufs innerhalb der Föderation selbst eine gebildete Sektion bilden. Victor (Maurer) und andere vertreten dagegen die Vereinigung sämtlicher französischer Syndikate zu einem Bauarbeiterverband und diese wieder zu einer einheitlichen Bauarbeiterdelegation. Der Kongress stimmte mit 133 gegen 7 Stimmen der letzteren Auffassung zu und lehnte auch einen Vermittlungsvorschlag ab, nicht nur britische Bauarbeiterdelegationen, sondern auch Pariservereinigungen von britischen oder regionalen Berufsverbänden zuzulassen. Die Berufsverbände sind allerdings keineswegs ausgeschlossen, nur werden sie aufgefordert, sich bis zum nächsten Kongress zu verhalten. Der Titel der neuen Organisation ist „Fédération nationale des Travaillleurs de l'Industrie du Bâtimet de France et des Colonies“ (Nationalbund der Arbeiter der Bauindustrie von Frankreich und den [französischen] Kolonien). Der Sitz der Organisation ist in Paris. Zur Verwaltung der Föderation ist eine fünfzehnköpfige Kommission provisorisch gewählt. Victor (Maurer) wurde als beauftragter Sekretär gewählt, doch erklärte er, das Amt nur provisorisch annehmen zu können. Die definitive Konstituierung der Föderation erfolgt mit dem 1. Juli 1907.

In folgendem geben wir die hauptsächlichsten Bestimmungen des Statuts wieder. Artikel 1 bestimmt Sitz und Umfang der Organisation. Artikel 2 bekräftigt die Tätigkeit der Organisation auf rein wirtschaftlichem Gebiet und schließt jede politische und religiöse Diskussion aus. Artikel 3 bezeichnet als Ziel der Organisation, die freie Arbeit zu konstituieren, bereitet den jeder kapitalistischen Ausbeutung durch die Vergrößerung der Produktionsmittel, um aus schließlichem Gewinn der Produzenten und Mitarbeiter der nationalen Wirtschaft. In der täglichen Aktion gibt sie (die Organisation) sich zum Ziel: 1. Die angeschlossenen Organisationen in allen Fragen, die den Charakter eines allgemeinen Interesses haben, zu verteidigen und zu vertreten, das Band der Solidarität enger zu schließen und alle Arbeiter der Bauindustrie, ohne Unterschied des

Gesellschaft und der Nationalität, in einem einzigen Block zu vereinen. 2. Ueberall, wo es möglich sein wird, Berufsverbände oder im gegenseitigen Falle Industrieverbände zu organisieren, 3. Für die Beteiligung der Arbeiter zu kämpfen, 4. Die Beschränkung der Arbeitszeit mit allen ihr zur Verfügbaren Mitteln zu erheben, 5. Das Füllen und die Verabreichung der Nahrung durch die Festschließung eines nach den sozialen Lebensbedürfnissen aufgestellten Minimalsolobes zu verhindern. Die Verwaltung der Organisation wird durch einen Föderationsrat geleitet, der zweimal monatlich Sitzung hält und zur Ausführung der Beschlüsse aus seiner Mitte ein sechsmitgliediges Bureau wählt. Jedes Syndikat hat das Recht, einen Delegierten für den Föderationsrat zu wählen, doch darf kein Delegierter mehr als fünf Syndikate vertreten. Der Zentralbeitrag beträgt pro Monat und Mitglieds 10 Centimes, die Aufnahmegebühr pro Syndikat 2 Franken. Bei Angriffskämpfen haben nur die Syndikate Anspruch auf Unterstützung, die vor der Streik-Erklärung dem Föderationsrat Mitteilung über alle wesentlichen Momente der Bewegung rechtzeitig gemacht haben. Die Kongresse der Föderation finden alle zwei Jahre statt. — Das Statut bedeutet in verschiedenen Punkten einen Fortschritt zur Zentralorganisation gegenüber dem absoluten Föderalismus, und zwar bezüglich der Annahmefähigkeit von Streiks, der einheitlichen Beitragsmarken und der zweijährigen Lauf der generell tätigen akkreditierten Kongresse.

Die Pariser Syndikate beschloßen in einer gemeinsamen Besprechung die Herausgabe eines monatlichen Organs, das den Provinzialsyndikaten zu 5 Centimes pro Nummer franco zugestellt werden soll. Die erste Nummer soll, wenn möglich, am 1. Mai erscheinen. Hoffen wir es. — Zunächst soll abgemerkt werden, ob die bestehenden Organisationen bis zum 1. Juli sich auflösen werden.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Krankheit.)

In der Woche vom 21. bis 27. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Wilmersdorf 300, Leipzig 300, Erzbischof d. E. Ebe 200, Groß-Lichterfelde 200, Groß-Bienitzer 200, Hamburg-Gröbenrieder 200, Ernter 190, Süßenwalde 151,20, Lüneburg 150, Bieder 100, Rantow 100, Vippoldsmühle 100, Gursbagen 92,82, Segeberg 85, Stammheim 80, Summa M. 2449,02.

Zusätzlich erhielten: Dresden M. 500, Fehrbellin 165, Bellen l. d. M. 100, Forst l. d. M. 100, Heizen 70, Sängendree 60, Wandlitz 50, Summa M. 1035.

Aktiona, den 27. April 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, den Unfällen, Bauunfällen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu jenden.

Wochu m. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. auf Jede „General“ in Weim a. T. Der Verbandskollege W. war ganz allein mit dem Wespiten einer Kumpfe an der Kohlenwäsche beschäftigt. Der Raum lag ungefähr 1 Meter über der Erde. Seine Treppe diente früher hier als Ausgang. In den letzten Tagen — aus welchen Gründen wissen wir nicht — ist sie entfernt worden, dafür waren einige Gerüstbretter hingelagt. Nach 12 Uhr passierte W. diese Stelze, um nach der Wäde zu gelangen, aus der er Wertgegenstände holen wollte. In der Dunkelheit trippte W. mit dem linken Fuß und stürzte ab. Seine Hüftenröhre blieben ungeschädigt; auf dem ganzen Rechenplan war niemand, der dem Verunglückten Hilfe brachte. W. mußte so mit seinem verstaubten Fuße eine eine halbe Stunde entfernt liegende Wohnung aufsuchen, wogu er über drei Stunden gebraucht. Der Unfall wäre vermieden worden, wäre der Platz genügend beleuchtet gewesen. Er wäre gemindert worden, wäre dem Verunglückten gleich Hilfe gebracht worden. Es ist geradezu unverantwortlich, bei so gefährlicher Arbeit, einem Mann allein schuppen zu lassen. Unbegreiflich ist es, daß auf einer solchen Baude in der Nacht niemand zu finden ist, der einem Verunglückten Hilfe bringt.

Brandenburg a. d. S. Auf der neuen Gasanstalt erlitt der Kollege W. Janber am 25. April einen schweren Unfall. Er hatte an einer Ede gemauert und war damit beschäftigt, die Schmir anzuziehen. Durch das starke Anziehen der Schmir rief diese und der Kollege stürzte den Vertikal hinunter, weil keine Schutzvorrichtung angebracht war. Der Kollege erlitt zwei Rippenbrüche und Verletzungen am Kopf und an den Armen.

Brand bei Gladbeck. Am 20. April stürzte unser Verbandskollege Hermann Bogolin vom Bau der Firma Gebr. Leibold aus der dritten Etage circa 11 Meter tief so unglücklich ab, daß der Tod schon am selben Abend eintrat. Der Kollege hatte, wie Augenzeugen berichten, dem Steinträger ein Brett Steine angenommen; weil das hier vielfach üblich ist. Er ist hierbei wachschneidlich fest oder auf umherliegende Steinbrocken getreten, hat dadurch den Halt verloren und ist durch die Fensteröffnung gestürzt, wobei er verschiedene Verw. erlitt. Schenkelbrüche und schwere Rippenverletzungen erlitt, die, wie gesagt, den Tod zur Folge hatten. Wieder hat hier ein treuer Kollege im Dienste des Kapitalismus sein Leben einbüßen müssen, weil es an so notwendigen Schutzvorrichtungen fehlt. Denn darüber dürfte kaum ein Zweifel bestehen: wäre an diesem Bau außen ein Schutz oder Fanggerüst vorhanden gewesen, so konnte dadurch ganz nicht der Absturz selbst verhindert werden, oder er hätte nicht derart schwere Folgen haben können. Darum dürfte auch die betreffenden Firma oder der Polier von einer gewissen Mitschuld an diesem Unglück nicht ganz freizusprechen sein.

Braunschweig. Der Kollege Emil Hofenbauer stürzte am 23. April bei Ausbesserungsarbeiten an dem Hause Damm 6 durch Ausgleiten von einem Mauergerüst aus der dritten Etage auf das Straßenpflaster. Mit schweren Kopf- und inneren Verletzungen wurde er mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus transportiert, wo er trotz einer halben Stunde nach seiner Entlassung das Bewußtsein wieder erlangte.

Wulst. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 18. April am Neubau des hiesigen Kreishauses. Ein Arbeiter von der Firma Köhling in Hannover war mit der Heizanlage beschäftigt. Er brach mit einer frischgemauerten geraden Klappe durch und fiel so unglücklich, daß er sich zwei Rippenbrüche und mehrere innere Verletzungen zuzog. Er fand im hiesigen Krankenhaus Aufnahme. Der Bau wird von dem Maurermeister Köhner aus Witton ausgeführt. Nach Angabe der Kollegen soll gerade diese Klappe von Verletzungen gemacht worden sein. Vielleicht ist sie auch zu früh ausgefallen.

Verlingen a. d. S. Als im Nachbardorfe Gumbshausen ein Bauhilfsarbeiter einen Sad Zement auf das Gerüst warf, brach ein Mauergerüst durch, so daß der Bauerarbeiter und zwei Maurer herabstürzten. Der Maurer Karl Gerlach aus Steigerthal mußte sofort nach dem Krankenhaus in Verbauchen gefahren werden; die beiden anderen kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon. Der Unfall trat sich beim Unternehmer Reinhardt am Neubau eines Wirtschaftsgebäudes auf einem Schreiberischen Gute zu. — Auf dem hiesigen Neubau, hier, wurde dem Zimmerer Louis Stüger aus Hamma beim Einschlagen eines Pfahles der Daumen an der linken Hand zertrümmert.

München. Man schreibt uns: Die bei dem Landauerischen Neubau in der Kaufingerstraße beschäftigten Arbeiter der Baufirma Störh haben sich über die Behandlung, die ihnen durch den Bauherrn Fischer und den Keller Schaufele zu teil wird, zu beschwerten. Bei jeder Kleinigkeit werden die Arbeiter angegriffen; lassen sie sich das nicht ruhig gefallen, so folgt die Entlassung. Dabei ist Schaufele nicht einmal sachmann und es wird bezweifelt, daß er als Maurer sein Brot verdienen könnte. Zum Antrieben ist er dagegen gut genug. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß auf dem Bau geradezu lebensgefährliche Zustände herrschen. Obwohl a. B. vom Baukontrollor das Material beantragt wurde, das zum Betonieren bestimmt war, mußte auf Befehl der Herren Fischer und Schaufele der schlechte Kies verwendet werden. Die Folge davon war, daß am 13. April früh 7¼ Uhr circa 30 Quadratmeter Betondecke herunterfielen, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Der Beton war schon fünf Tage alt und mußte bei Verwendung richtigen Materials schon längst fest gewesen sein. Am 15. April um 2 Uhr Nachmittags fiel wieder ein größeres Stück Betondecke herunter und man weiß nicht, ob sich dies nicht heute oder morgen wiederholt. Dabei kann denn leicht ein größeres Unglück entstehen. Und das alles geschieht so langsam unter der Aufsicht des Landbauamtes. Der Bauherr hat nämlich einen Ingenieur und einen Architekten dieses Amtes die Bauaufsicht übertragen, damit die Arbeiten solid und fachgemäß ausgeführt werden. Haben denn diese Herren so wenig praktische Erfahrung, daß sie derartige Zustände dulden. Gätte ein Arbeiter die Bauaufsicht zu führen, so wäre das nicht möglich. Offenlich wird Abhilfe geschaffen, ehe ein Unglück passiert.

Widau. Am 15. April stürzte unser Verbandskollege Fingelberger, als er beim Materialtransport über einen Sperran schreiten wollte, ab und war sofort tot. Es wurde über die Hand gemauert und außen schloß das Schutzgerüst.

Ueber die Bauweise in Russland und die Lebenshaltung der russischen Maurer wird uns von einem Kollegen, der mehrere Jahre dort gearbeitet hat, folgendes mitgeteilt: Die russische Bauweise steht in sehr vielen Punkten hinter der in Westeuropa üblichen weit zurück. Man kann vielleicht daraus auf die Art des Bauens und des Gerüstbaus in alten Zeiten schließen, wenn man voraussetzt, daß das Baugewerbe überall dieselbe Entwicklung durchzumachen hat. Erst das zu, dann wäre früher die Unfallgefahr bedeutend kleiner gewesen als heute. Besonders könnte das Höflichkeitverhältnis, das so potentivolle Arbeitskraft garantierte, dazu beigetragen haben, das Halten und Wählen, die Ursachen so vieler Unfälle, vom Bau fernzuhalten. Die bei uns immer mehr übliche Haft bei der Arbeitsausführung ist in Russland unbekannt. Tatsächlich ist es schon eine anständige Leistung eines russischen Maurers, wenn er an einem Tage bei normaler Arbeit 250 bis 300 Steine vermauert. Dabei ist aber zu beachten, daß dieser Leistung eine mindestens 13stündige Arbeitszeit zu Grunde liegt. In Russland kennt man bis heute — abgesehen von einigen Großstädten — noch keine Hilfsarbeiter. Alles Material schleppen sich die Maurer selbst aufs Gerüst.

Zum Materialtransport bedient man sich einer kleinen Tragabahre, die von zwei Mann gehandhabt wird. Auf diese werden 25 bis 30 Steine gepackt und hinaufgeschafft, und wenn man Steine genug oben hat, so wird auf dieselbe Art Sand, Zement, Kalk, Wasser usw. herangeholt. Dann wird gewöhnlich eine Pause gemacht, die dazu benutzt wird, eine Zigarette zu drehen und aufzutauen. Der Wörkel wird erst auf dem Gerüst angezündet. Interessant ist auch, wie gemauert wird. Die Stelle der Fugen ist höchstens 9 x 9 cm und vorn spitzwinklig. Die Angel ist 10 cm und steht zum Wall wie zum Griff rechtwinklig. Nach unseren Begriffen ist sie also ein höchst ungeschicktes und viel zu kleines Instrument. Aber die Russen mauern eben anders. Es wird nun für die vordere Lagerhöhe Wörkel ausgegeben, die Stofflage wird angestrichen. Im Innern der Mauer aber werden die Steine ohne Wörkel verlegt. Ist die Schicht ausgelegt, so wird ein Krübel voll Würge angezittert und diese darüber ausgegossen.

Schon aus dieser recht primitiven Arbeitsweise ergibt sich, daß die Maurer im allgemeinen häßlich als bei uns sein müssen. Dazu zwingt auch das rauhere Klima. Bei gewöhnlichen Wohnbauten müssen die Umfassungsmauern mindestens zwei Steine stark sein. Die Gerüste werden in der Regel sehr stark mit Material belastet, so daß sie fast immer recht stabil gebaut sind; zum Teil sind

die wahre Musterleistungen, an denen mancher unserer Baumeister studieren könnte. Sämtliche Gerüste werden von Zimmerleuten gebaut. Das Mauern über die Gänge kennt man in Russland nicht, es wird innen und außen gestützt. Und ebenso sind auch Leitgänge unbenutzt, wie sich das ja schon aus der Art des Materialtransportes ergibt. Beim Gerüstbau werden weder Klammern noch Knaggen verwendet, die Streichlatten werden vielmehr durch Stützen, die mit den Aufrichtern verbolzt sind, getragen. Die Gerüste haben immer eine Breite von 1,80 bis 2 m. Es werden Kiegelein von ziemlicher Stärke verwendet, die am schmälsten Ende nicht unter 16 cm stark sind. Die Schützpflanken sind gewöhnlich zwei Dielen hoch.

Der Transport von schweren Materialien gibt dem Fremden, wenn er zum ersten Male einen solchen sieht, Anlaß zur Heiterkeit. Wird, nehmen wir einmal an, eine Säule von vielleicht 5 bis 6 Metern Gewicht transportiert, so wird an einem Ende ein langes Tau geknüpft, an dem sich nun sechs, sieben oder auch zehn Mann spannen. Einer macht nun den Vorkänger, die anderen fallen in den Restrain ein und nach dem Rhythmus der letzten Silben ziehen sie alle die Säule einen Rud vorwärts. Dies wiederholt sich, bis sie an Ort und Stelle ist. Hieraus ist zu entnehmen, daß Verletzungen wie Quetschungen, Brüche usw. kaum vorkommen können. Ist nun der russische Maurer auch gegen Unfall geschützt, so ist er nach der anderen Seite dem Unternehmer geradezu willkürlich überlassen. Durch den Raßwanz, wonach sich keiner irgendwo auch nur eine Woche ohne Raß aufhalten kann, wird ihm der Strid gedreht. Der Unternehmer reist im Winter in die Dörfer wo die Maurer wohnen. Er geht ihnen einen Vorstoß, und mit Genehmigung des Dorfältesten nimmt er den Raß mit. Kommt nun das Frühjahr, so zieht der Maurer, mandmal ganze Tageströßen, nach dem Orte seiner künftigen Tätigkeit hin.

Dier hat man ihm nun sein „Geim“ für den Sommer bereitet und zwar folgendermaßen: Es wird eine Grube, vielleicht 1,50 m in die Erde hineinget, ausgehoben; hierüber werden dachförmig Walfen gelegt und der ausgehobene Grund darüber geworfen. An irgend einer Ede wird ein Loch als Tür gelassen, für jeden eine Holzapfette aufgeschlagen und fertig ist die Laube“. Auf seinem Weg ausgefressen verbringt hier der russische Kollege die Zeit, die ihm der Unternehmer läßt. Seine Kost besteht aus Brot, Brot und Fleisch. Nur daß er von dem Fleisch wenig erhält. Denn wenn die Suppe, und es ist immer Kohlsuppe, fertig ist, wird sie in einer großen Schüssel aufgetragen. Die Vorarbeiter langen nun zuerst hinein. Sie haben eine merkwürdige Eigenschaft, das darin herumschwimmende Fleisch aufzufischen. Neben dieser Kost gibt es dann Abends, sowie in den heizen Monaten auch Nachmittags Thee und als Lohn 50 bis 70 Kopeken, in einigen größeren Städten steigt der Lohn bis zu einem Rubel = 2,16 pro Tag, was aber im realen Wert nicht mehr wie 1,1 ist. Zum Schluß sei noch auf eine irrtümliche Meinung hingewiesen die bei uns vielfach verbreitet ist und zwar bezüglich des Alkoholgenusses. Der russische Maurer ist nicht der Säufler, als den man ihn sich denkt. Sonntags bekommt er vielleicht einmal ein Räußchen, aber bei der Arbeit kommt es nicht mehr vor, als bei uns. Die eigentlichen Schnapstrinker findet man in Russland im Kleinbürgertum und noch darüber hinaus, sogar in den „höchsten“ und „allerhöchsten“ Kreisen. Der Arbeiter verdient zu wenig, als daß er diesem Raßter so ausgedehnt frönen könne.

Ans anderen Berufen.

Ueber die Bedeutung des Kampfes im Hamburger Hafen schreibt das Organ der „Hafenarbeiter“: Geschehen, wärdie wie eine Granatmine; haben die Schauerleute gehalten in diesem harten sechsmonatigen Kampfe. Nicht ein einziger ist abgefallen, das dürfte beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung dastehen; das hat selbst unseren Feinden Achtung abgesehen. Die Unternehmer sind — infolge von ihrem Herrenraubpunkt abgezogen, indem sie die Organisation anerkannten und mit ihr unterhandelten, was sie früher nie getan hatten. Weiter haben die Unternehmer die Zustimmung gegeben, auch in Zukunft mit der Organisationsleitung zu unterhandeln, ferner haben sie zugesichert, bis 1. Oktober d. J. die Frage der Nacharbeit zu regeln. Auch die Regelung des Arbeitsnachweises soll in die Hand genommen werden, außerdem ist das Zweifelhafte aus dem Hafen beseitigt, indem der, daß der Sechsstündige Arbeitstag aus dem Hamburger Hafen hinausgedrängt worden ist durch diesen Kampf. Es soll niemand mehr zu dieser unmenslichen langen Arbeitszeit gezwungen werden. Nur ein Schattenbleib soll der Sechsstündigenarbeitstag nach bis zum 1. Oktober dieses Jahres bei den Arbeitern auf der Unterseite führen, und dann wird er hoffentlich für immer von der Bildfläche verschwinden. Dann wird das Hamburger Generericht sich nicht wieder um das „Recht“ verdient machen können, indem es Arbeiter derurteilt, weil sie weigerten, ihre 36 Stunden abzumüssen. Eine große Lieberholung hat uns dieser gewaltige Kampf gebracht, eine Lieberholung, die wir nicht für möglich gehalten hätten. Die Seele der ganzen Ausprägungssaktion, der Balkin, ist durch diesen Kampf zu der Aufklärung beigetragen worden, daß man heutzutage die Arbeiterorganisation nicht mehr negieren kann, sondern daß es auch für den Unternehmer richtiger ist, daß er sich mit ihr abfindet. ... Wenn die Schauerleute wieder geschlossen an die Arbeit gehen, wenn ihre Organisation nicht, bedeutend geschwächt aus diesem Kampfe hervorgeht, dann hätten wir die schweren Opfer alle umsonst gebracht, meine in seinem Vorhaben ganz offenerzig ein Reder. Nun, dieser Schlag ist von der Organisation der Schauerleute glänzend pariert worden. Die Hoffnung der Reder hat sich nicht erfüllt.

Als Warnung für die Gesamtarbeiterkassen machen wir darauf aufmerksam, daß Agenten des Hamburger Hafenarbeiterbundes (Organisation der Reder) fortgesetzt versuchen, Leute nach Hamburg zu ziehen, die sich als Kontraktarbeiter anwerben lassen sollen. Diese Kontraktarbeiter sollen hier, nach eigener Angabe der Unternehmer, im Hafen als ständige Streikbrecher verwendet werden; sie müssen sich verpflichten, alle vorkommende Arbeit im Hafen zu verrichten und sollen, wenn an irgend einer Stelle ein Konflikt ausbricht, die ersten Leute ersetzen, d. h. also auf deutsch Streikbrecher werden.

Wenn sie den Kontrakt erst unterschreiben haben, können sie sich nicht mehr weigern; denn neben dem Kontrakt, den sie eingehen, müssen sie sich verpflichten, Mitglieder einer Sparratskasse zu werden, deren Errichtung folgendes Zweck hat: Es werden den Mitgliedern wöchentlich vom Lohn M. 1-8 abgezogen und auf der Sparratskasse belegt. Der so gesammelte Fonds, für dessen Höhe keine Grenzen gesetzt sind, dient in erster Linie als Garantiefonds für die Unternehmer; aller Schaden, den die Arbeiter aus Willkür oder Fahrlässigkeit der Unternehmer, wird aus dem Fonds gedeckt. Wird der Arbeiter entlassen, so kann der Unternehmer verfügen, daß der angesammelte Fonds zu Gunsten der Sparratskasse veräußert, der Arbeiter hat also das Recht. Zweifellos sind sich die Arbeiter, die hierher gekommen, um sich ein Kontraktverhältnis einzugehen, der Schädlichkeit des Systems gar nicht bewußt. Deshalb machen wir darauf aufmerksam, daß sie sich beim Unterschreiben solchen Kontraktes direkt in die Gefahr der Unternehmer begeben und zu deren Sonderzwecken mitbrauchen lassen, zum Schaden der Arbeiterinteressen.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1906.
Die Jahresabrechnung für 1906, die der Vorstand in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht, zeigt wieder einen bedeutenden Fortschritt des Verbandes. Die Mitgliederzahl stieg um 75 833, von 259 692 im Jahre 1905 auf 335 075 (280 108 männliche, 14 972 weibliche). Am beträchtlichsten war die Zunahme bei den Drehmern mit 5663, Formern und Gießereiarbeitern mit 7855, Goldarbeitern z. mit 6849, Bau- und Maschinenbauern mit 15 137, Bohrern, Fräsern, Hoblern mit 15 953. Die Zunahme der Arbeiterinnen betrug 4737. Die Reineinnahmen des Verbandes betrugen, soweit die Hauptseite in Betracht kommt, M. 8 011 509,67 (1905: M. 5 107 717,71), wovon auf Eintrittsgelder M. 69 772,70, auf Beiträge M. 7 877 655,10, auf sonstige Einnahmen M. 48 881,87 entfallen. Die Ausgaben für Unterhaltungen betrugen: Reisekosten M. 243 409,03, Erwerbslosenunterstützung: a) bei Krankheits- (1 Jahr) M. 719 664,35, b) bei Arbeitslosigkeit M. 568 138,99, Erwerbslosenunterstützung M. 2 816 390,80, Rechtschutz M. 78 902,21, Maßregelungen M. 214 647,27, besondere Notfälle M. 65 680,30, Umgangunterstützung M. 79 900,79, Sterbegeld (1 Jahr) M. 16 981,70, Zulagen M. 4 803 715,44, für Unterhaltungen wurden auch auf den Notfällen große Summen verausgabt, allein für Streikunterstützung mehr als M. 700 000. Die Ausgaben für Streik- und Ausperrungen erhöhten sich gegen 1905 um rund M. 695 000. Von den weiteren Ausgaben seien noch erwähnt: Agitation M. 191 649,06, Metallarbeiter-Zeitung M. 243 106,11, Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen M. 6215,25, Beiträge an die Generalkommission M. 87 284,48, Kosten der Bezirkskonferenzen M. 9071,95, Kosten des Bundes der Arbeiterwohlthätigkeitsanstalten in Berlin M. 7499,80, an die Vermaltungsstellen (20 vSt. der Beiträge) M. 1406 049,05, Erwerbslosengelder (20 vSt. der Beiträge) M. 1 406 049,05, Verwaltungskosten (20 vSt. der Beiträge) M. 103 085,89. Das Vermögen des Verbandes erhöhte sich von M. 2 177 198,44 auf M. 2 599 650,99. Die Abrechnung ist der beste Beweis, daß der Kampf, den der Metallarbeiterverband im vorigen Jahre gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband führte, wirkungslos gewesen ist.

Generalversammlungen.

Die Kupferschmiede tagten in der Osterwoche in Breslau. Der Geschäftsbereich umfaßt drei Jahre. Der Mitgliederbestand stieg von 3275 auf 4061, der Kassensbestand von M. 16 745 auf M. 91 539, die Zahl der Filialen von 70 auf 88. Der Verband hat in der verflochtenen Geschäftsperiode zahlreiche Beschlüsse fassen müssen, die, soweit sie der eigenen Initiative entsprangen, im allgemeinen günstig verliefen, dagegen dort, wo die Kupferschmiede bei den großen Nahrungskämpfen in der Metallindustrie in Mitleidenschaft gezogen wurden, weniger erfolgreich waren. Der Kassensbericht verzeichnet für die Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1903 bis 31. Dezember 1906 eine Gesamt-einnahme von M. 289 759,73 und eine Ausgabe von M. 284 082,31. In Beiträgen wurden M. 251 947,40 vereinnahmt. Unter den Ausgaben sind verzeichnet Reiseunterstützung mit M. 37 126,22, Ortsunterstützung mit M. 49 325, Streik- und Vermögensunterstützung mit M. 36 018,93, Invalidenunterstützung mit M. 6007,68, Sterbunterstützung mit M. 16 925, Umgangunterstützung mit M. 2577,50, Rechtschutz mit M. 178,04, Agitation mit M. 1990,25, General-versammlung mit M. 4183,35, Kongresse und Vertretungen mit M. 1965,40, Generalkommission mit M. 1918,96, internationaler Metallarbeiterbund mit M. 149, Verwaltungskosten der Filialen mit M. 25 094,25, der Hauptverwaltung mit M. 9631,89, Gehälter und Entschädigungen mit M. 10 852,43, Verbandsorgane mit M. 17 234,56. Der Uebertritt zum Metallarbeiterverband wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Sodann beschloß man die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Sie soll gezahlt werden in Höhe von M. 6-9 pro Woche, je nach ein- bis fünfjähriger Mitgliedschaft, und in Gesamthöhe von M. 60 bis M. 120 im Jahre. Mitgliedern, die mindestens 10 Jahre dem Verbands angehören, kann eine erhöhte Unterstützung bis zu M. 12 pro Woche bis M. 150 Höchstbeitrag gezahlt werden. Für Erwerbslosigkeit unter sieben Tagen wird keine Unterstützung gezahlt. Bei der Streik- und Sterbunterstützung wurden einige unwesentliche Veränderungen beschlossen. Der Sitz des Verbandes wurde von Hamburg nach Berlin verlegt; das Verbandsorgan soll künftig dreimal im Monat erscheinen. Der Beitrag wird auf 60 J pro Woche festgesetzt. Alle Jahre soll ein Mitglied des Verbandes an den Unterrichtskursen teilnehmen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Euttgart, Paul Singer), Heft 80 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Robert Schmelz f. — Die Malteiser. — Zur Würdigung J. Auer's. Von Wabus. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Wolfenbuehr. (Schluß.)
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postporturen zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Ebdelium. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur M. 2,60. Probenummern sind ganz kostenlos vom Verlag zu erhalten.

„Blut und Eisen“, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schütz. Der erste Band schließt mit dem 25. Heft; er kann auch gebunden bezogen werden in geschmackvollem Leinenband für M. 7, in dauerhafterem Halb-leinwandband für M. 8. Namentlich die Bibliotheken sollten das Buch anschaffen. Der zweite Band behandelt zunächst die Zeit der Landstürme, dann folgt der dreißigjährige Krieg usw. Das ganze Werk erscheint in 60 Lieferungen à 20 A, die noch jetzt vom ersten Heft an durch jede Buchhandlung bezogen werden können.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Euttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 9 des 17. Jahrgangs.
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 A, unter Kreuzband 65 A. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahre Jacob“, zweite Mai-Nummer, ist zugleich ein Gebetsblatt für Jung und Alt. Von den Illustrationen seien erwähnt: die beiden farbigen Bilder „Zum ersten Mal“ (nach Böcklin) und „Der Bar in Verlegenheit“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Danzig. G. Am Donnerstag Morgen noch Versammlungsangelegen für die in derselben Woche erscheinenden Nummer 1. **Vorum, C. A. 200.** 1. Verlangen, ja; aber ob der Zweigverein etwas bewilligt, ist doch sehr fraglich. 2. Wenn wegen der Grenzstreitigkeiten ein gültiger Ausweg nicht zu erlangen ist, so bleibt nur der Weg der Klage übrig. 3. Verwaltungsinstanz für den Kreisaußendienst ist der Bezirksaußendienst und gegen dessen Entscheidung kann M. Kurs beim Oberverwaltungsgericht eingelegt werden. 4. Steuern müssen gezahlt werden, sobald das Einkommen M. 900 beträgt.

Bad Orb, B. B. In Anrechnung kommen nur die Einnahmen, die den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern gezahlt werden. Bei Verrechnung kommt aber der wirkliche Arbeitsverdienst gar nicht in Betracht, sondern die höhere Verwaltungsbehörde setzt fest, was als Jahresverdienst bei Berechnung der Rente gelten soll.

Esse, W. F. Die Frage ist etwas unklar gehalten. Gemein sind wohl die Abmachungen der Unternehmer, die Vermeidung einer Konventionalkasse, deren Streikenden einzustellen. Nach einer reichsgerichtlichen Entscheidung kann eine derartige Strafe nur beigetrieben werden, wenn deren Betrag vorher in bar an irgend einer Stelle hinterlegt worden ist; ausgehellte Wechsel sind nicht einlagbar.
Gr.-Lichterfelde, A. W. Sogenannte Erreuerklärungen nehmen wir nicht auf; diese müssen in einer Mitgliederversammlung abgegeben werden.
Weigern, E. H. Wir haben nicht feststellen können, was für ein Inzertat gemeint ist.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Breslau.

Alle Mitteilungen und Sendungen sind an unseren Vorstehenden, Kollegen **Josef Kother, Margarethenstr. 17**, zu adressieren. [M. 1,50] Der Vorstand.

Essen a. d. Ruhr.

Unsere Adresse lautet jetzt: **Karl Obermeyer, Essen a. d. Ruhr, Kirchstraße 18, part.** [M. 1,50] Der Zweigvereinsvorstand.

Landau i. d. Pfalz.

Der erste Vorsitzende des Zweigvereins, **Heinrich Schäffler**, wohnt jetzt **Landau i. d. Pfalz, Franzstraße 39, 1. Et.** [M. 1,50]

Nordenham.

Der erste Kassierer **Wih. Niemann** wohnt vom 1. Mai an in **Einwarden bei Nordenham.** [M. 1,20]

Uelzen.

Der Kassierer **Ernst Hildebrandt** wohnt jetzt **Karlstr. 9**. [M. 1,20] Der Vorstand.

Weisendorf.

Wir geben bekannt, daß Kollege **Ernst Lang**, Weisendorf, zum Kassierer des Zweigvereins gewählt ist. [M. 1,50] Die Verwaltung.

Karl Kathner, wo steckt Du? Ruffe den Kollegen in Eingen mal etwas von Dir hören. [90 A] **Otto Stehle**, Eingen.

Zimmer noch gesucht von seiner Mutter wird der Kollege **Georg Maier**, geb. den 28. März 1889 zu Geimerkreuth, Verbands-Nr. 332 110. Adresse oder Mitteilung nimmt der Zweigverein Bahreuth entgegen. [M. 1,20]

Der Kollege **Vinzenz Plachetka**, geb. zu Sadran, Kreis Oppeln, Verbands-Nr. 255 210, oder wer seine Adresse weiß, wird ersucht dieselbe sofort an den Unterzeichneten einzusenden. [M. 1,20] **Ed. Feischner**, Zeitzersoda.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 10 A.)

Berlin. Am 19. April starb unter Mitglied **Jul. Hoffmann** im Alter von 61 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Breslau. Am 24. April starb unser Kollege **Johann Kürlich** im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.
Dresden. Am 18. April starb unter Verbandsmitglied **August Zimmermann** aus Vorka 8 im Alter von 51 Jahren an Lungenschwundtucht. — Am 20. April starb unser Mitglied **Karl Mühle** im Alter von 64 Jahren an Herzschwäche.
Gelsenkirchen. Am 23. April starb unser treues Verbandsmitglied **Ernst Alves** im Alter von nicht ganz 25 Jahren an der Prostatakrebserkrankung.
Görlitz. Am 18. April starb unser Mitglied **Karl P. ter** im Alter von 64 Jahren.
Goslar. Am 24. April starb nach kurzer Krankheit unser Verbandskollege **Wilhelm Hennecke** im Alter von 18 Jahren an Lungenschwundtucht.
Germersdorf i. d. W. Am 22. April starb unser langjähriges Mitglied **Karl Nissenburg** im Alter von 56 Jahren an Herzschlag.
Karlruhe. (Unterwiesheim.) Am 26. April starb unter treuer Verbandskollege **Wih. Friedrich Oberst** im Alter von 42 Jahren an Lungenschwundtucht.
Landau i. d. Pfalz. Am 25. April starb unser Kollege **Friedrich Sandmayer II.** in Nussheim im Alter von 51 Jahren an chronischem Lungenschwundtucht. (Schwabenau.) Am 7. April starb unser Kollege **Lorenz Häber** im Alter von 31 Jahren an Lungenschwundtucht. — (Erdling.) Am 14. April starb unser Kollege **Helmut Salomon** im Alter von 45 Jahren an Gehirnblutg. (Untergering.) Am 16. April starb unser Verbandskollege **Ludwig Reichardt** im Alter von 86 Jahren an der Prostatakrebserkrankung.
Peine. Am 28. April starb nach kurzem Krankenlager unter treuer Verbandskollege **Konrad Bortfeld** in Sandorf im Alter von 65 Jahren.
Pitzan. Am 23. April starb unser Kollege **Ernst Wilhelm Walter** aus Pitzan an Gehirn-erweichung.
Ehre ihrem Andenken!

Uetersen.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt **Schmidestraße**.

Verfallungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfallungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Donstag, den 5. Mai.
Granssee. Nachm. 2 Uhr im Schützenhaus. Z.-O.: Abrechnung vom 1. Quartal.
Latschn. Nachm. 3 Uhr bei Reigel.
Völkershausen. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Fürstene“. Bücher sind mitzubringen.
Wittstock. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Carl Müller (Herberge).
Wusterhausen. Vorm. 11 Uhr im Freitagshaus Hofst.
Zerbst. Nachm. 8 1/2 Uhr im Speichers Hofst.

Montag, den 6. Mai.

Abends 6 1/2 Uhr in der „Agora“. Z.-O.: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Beschlüsse. Referent anwesend.

Dienstag, den 7. Mai.

Abends 7 Uhr. Z.-O.: Berichtserstattung des Delegierten vom Verbandsrat. Wahl des Vorstehenden.

Heide. Abends 8 Uhr in der Zentralherberge.

Llegnitz. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donntag, den 12. Mai.

Werder a. d. H. Nachm. 3 Uhr bei Ros.

Öffentliche Maurerverversammlung.

Donstag, den 7. Mai.
Torgau. Abends 8 1/2 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Donntag, den 12. Mai.

Cunnersdorf. Nachmittags 2 Uhr im „Balkhof zum deutschen Kaiser“ in Petersdorf.

Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung.

Donntag, den 5. Mai.
Oederan. Im Restaurant „Erholung“. Z.-O.: Vortrag des Kollegen Uffrin-Budwig, über die wirtschaftliche Lage der bauhandwerklichen Arbeiter und ihre Verbesserung durch die Organisation.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Donntag, den 5. Mai.
Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-O.: 1. Kassens- und Verbandsbericht. 2. Wahl des ersten Kassierers und eines Kontrol- lanten. 3. Bericht über die Mitgliedsbuch legitimiert.
Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Hofhaus, Hofmannstr. 3. Tagesordn.: 1. Abrechnung. 2. Kassensangelegenheiten.

Montag, den 6. Mai.

Rixdorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Großer (Rosenhof), Kirchstraße 45. Z.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Bericht vom Wohlfühl-Ver- bänden. Kassensangelegenheiten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Mier & Co.** in Hamburg.